

**Fulda nach dem Zweiten Weltkrieg
Die Jahre 1945 bis 1949**

Lehrerheft

Günter Sagan

**Herausgegeben vom Kreisausschuss des Landkreises
Fulda 2010**

INHALT

Abkürzungsverzeichnis/Bildnachweis	3
Didaktisch-methodische Vorbemerkungen	4
Themenbereiche Sie gliedern sich in: - Sachinformationen - Hinweise zum Unterricht - Hinweise zu den Arbeitsaufträgen/Lösungen	7
Die Stunde Null (In Klammern: entsprechende Seitenzahl des Themenbereichs im Schülerarbeitsheft)	7 (4)
Verschleppte, Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte	8 (10)
Überleben nach dem Zusammenbruch	13 (24)
Besatzungsmacht	17 (35)
Vergangenheitsbewältigung	20 (39)
Demokratischer Neuanfang	23 (45)
Wiederaufbau aus Trümmern	26 (49)
Der Tag X – Die Währungsreform und der Beginn der freien Marktwirtschaft	29 (55)
Methodenseite - Preise und Arbeitslohn/Ermittlung des Geldwertes	32 (60)
Der Mensch lebt nicht vom Brot allein – Freizeit	33 (61)
Für helle Köpfe	35 (65)

Abkürzungsverzeichnis

BA	Bundesarchiv
Bubl	Buchenblätter (Heimatgeschichtliche Beilage der Fuldaer Zeitung)
FGBll	Fuldaer Geschichtsblätter
FV	Fuldaer Volkszeitung
HHstAW	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
StAFd	Stadtarchiv Fulda

Bildnachweis (Schülerarbeitsheft)

Archiv Günter Sagan: S. 8 u., 13, 15, 16, 17, 40

BA Koblenz: S. 10; 39 r.

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz: S. 24, 32, 38.

Kreisbildstelle Hanau: S. 41

Medienzentrum Fulda: S. 20/21.

Schäfer, Dieter: S. 39 l.

StadtAFd: S. 4, 11, 36; 49, 50, 52, 53 (F. Mollenhauer), 55, 61, 62, 65.

Süddeutscher Bilderdienst München: S. 33.

Bei allen übrigen Abbildungen konnten die Rechteinhaber nicht ermittelt werden.

Das Thema „Die Jahre nach dem 2. Weltkrieg“ im Unterricht

„Deutschland nach dem 2. Weltkrieg. Die Jahre 1945 – 1949“ gehört zu den Standardthemen des Geschichtsunterrichts in allen Schulformen. In den Lehrplänen Geschichte für die Haupt- und Realschulen ist für die Jahrgangsstufen 9 bzw. 10 eine Reihe von Unterrichtsinhalten verbindlich ausgewiesen, bei denen sich das Material des vorliegenden Heftes einsetzen lässt:

Alltag im Nachkriegsdeutschland; Besetzung und Besatzungszonen; Flucht, Vertreibung und Integration; Entnazifizierung; Neugestaltung des politischen und ökonomischen Lebens in den Besatzungszonen.

Der Lehrplan für den Bildungsgang Gymnasium sieht als verbindliche Aufgaben für den Unterricht im 10. Schuljahr vor, den Kalten Krieg, die soziale Marktwirtschaft, die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie das Thema jugendliche Lebenswelten nach 1945 zu behandeln.

Didaktisch-methodische Überlegungen

Das vorliegende Heft ist lokal-/regionalgeschichtlich konzipiert. Als Vorteile dieses Ansatzes können die Abkehr von der Historie der Haupt- und Staatsaktionen gesehen werden mit einer Hinwendung zur Geschichte des Alltags, zu Lebenssituationen des „kleinen Mannes“, was auf lokalgeschichtlicher Ebene wirkungsvoll umsetzbar ist. Die Menschen, die Geschichte erleiden, stehen im Vordergrund, nicht die Gestalter.

In der einführenden Grundlegung der o.a. Pläne wird für die Bildungsgänge Haupt- und Realschule die „Einbeziehung von Alltags- und Regionalgeschichte, wo immer sie möglich und sinnvoll ist“ gefordert, weil es das Verständnis der Lernenden für komplexe Zusammenhänge erleichtert. Auch im Gymnasialplan wird punktuell auf die Bedeutung von Regional- und Ortsgeschichte verwiesen (S. 34). Denn auf lokal- und regionalgeschichtlicher Ebene verliert die Historie ihre Abstraktheit, die Zusammenhänge werden transparent und anschaulich durch das Einbeziehen der Lebensgeschichte wirklicher Menschen sowie durch das Einbetten der Vorgänge/Ereignisse in einen geographischen Rahmen, der dem Schüler/der Schülerin vertraut ist.

Durch diese Nähe, die ja oft auch emotional besetzt ist, ergeben sich besondere Motivationsmöglichkeiten. Wenn der Wohnort des Schülers, die Schule, die er besucht, genannt werden oder familiengeschichtliche Bezüge sich ergeben, dann fühlt er sich persönlich angesprochen, und das Interesse für das Vergangene ist geweckt. Hier entsteht auch ein fruchtbarer Ansatz zum entdeckenden Lernen, bei dem die Schüler/innen auf ihrem

Hessisches Kultusministerium: Lehrplan Geschichte – Bildungsgang Hauptschule, Wiesbaden 2003, S. 19 sowie S. 23, Bildungsgang Realschule, Wiesbaden 2003, S. 25.

Hessisches Kultusministerium: Lehrplan Geschichte – Bildungsgang Gymnasium, Wiesbaden 2003, S. 36. Lehrplan Geschichte HS und RS, S. 4.

Qualifikationsniveau so selbstständig wie möglich fragend-forschend und problemlösend geschichtlichen Fragen nachgehen. Dies kann einmal schon beim Umgang mit den vorliegenden Dokumenten geschehen. Warum verordnet die Besatzungsmacht bestimmte Ausgehzeiten für Deutsche? Was soll man unter „Freibank“ oder „Carepaketen“ verstehen? Ein andermal ergeben sich Fragen aus dem heimatlichen oder persönlichen Umfeld. Wie sah die Bilanz des Schreckens in der Stunde Null in meinem Wohnort aus? Welche Denkmäler, Tafeln, Straßenschilder erinnern an die Vertreibung? Welche Denkmäler und Gedenkveranstaltungen an die Opfer des Nationalsozialismus? In Form von (Klein-)Projekten kann diesen und vielen anderen Fragen nachgegangen werden. Wo soll das einem Heranwachsenden anders möglich sein als auf lokal- oder regionalgeschichtlicher Ebene? Hier kann die in den Lehrplänen für alle drei Bildungsgänge aufgestellte Forderung „Spuren der Vergangenheit in unserer Gegenwart suchen und deuten“ umgesetzt werden. Im handlungsorientierten Verfahren ist durch Erkundungen, Befragungen von Zeitzeugen, durch die Nutzung von Bibliotheken, Museen, Archiven sowie des Medienzentrums Bildstelle eine selbstständige Auseinandersetzung mit den Lerngegenständen möglich. Die Vorstellung der Arbeitsergebnisse (auch im Rahmen von Projekttagen, -wochen) kann durch Referate, Collagen, Ausstellungen, Wandzeitungen, als Beitrag für die Schulzeitung oder als audiovisuelle Dokumentation erfolgen.

Multimedia-Präsentationen werden auch in Verbindung mit Hausarbeiten für die Abschlussprüfung im Bildungsgang Realschule sowie bei Projektprüfungen in der Hauptschule gefordert. Die Einsatzmöglichkeiten der oben angesprochenen Verfahren zu diesen Zwecken sind evident.

Die Schwierigkeit, ein Projekt, eine Hausarbeit mit lokal-/regionalgeschichtlichen Schwerpunkt in Angriff zu nehmen, scheitert oft schon daran, dass die Schüler und auch viele Lehrer keinen Zugang zu entsprechenden Dokumenten haben. Die eigene Suche ist mühsam und arbeitsaufwändig, evtl. gefundene Dokumente sind oft zum Schulgebrauch nicht geeignet. Diese Barriere hofft das vorliegende Heft durch ein umfangreiches, für Schüler geeignetes Quellenangebot abzubauen. Zu betonen ist dennoch, dass bei aller Vielfalt der Materialien, die einzelnen Themen nur ausschnitthaft beleuchtet werden können.

„Die Arbeit mit Quellen, vornehmlich mit Texten, gilt heute als das zentrale Verfahren eines modernen Geschichtsunterrichts, ...in steigendem Maße auch für die Sekundarstufe I.“ Quellen müssen als das Hauptmedium einer arbeitsunterrichtlich orientierten Vorgehensweise angesehen werden, eröffnen einen unmittelbaren, authentischen Zugang zur Geschichte und liefern das Zeit- und Lokalkolorit. An ihnen kann der Schüler/die Schülerin erfahren, wie geschichtliches Wissen zustande kommt, kann sich im Umgang mit ihnen methodische Kompetenzen verschaffen und vermag an ihrer Sperrigkeit und ihrem Fremdheitscharakter Scharfsinn, Fantasie, Ausdauer und die Kunst des richtigen Fragens entwickeln.

Aber, wird sich mancher Lehrer, manche Lehrerin fragen, überfordere ich mit Quellenarbeit

nicht meine Schüler? So weisen denn auch die Lehrpläne Geschichte für die Haupt- sowie die Realschule darauf hin, dass „in besonderem Maße auf eine den Lernmöglichkeiten der jeweiligen Altersstufe adäquaten Auswahl schriftlicher Quellen zu achten“ sei. Und der Praktiker weiß, dass bei längeren Quellen die sprachliche Entschlüsselungsarbeit die inhaltliche Auseinandersetzung überlagern kann.

Es wurde deshalb streng darauf geachtet, dass die Quellen lesbar und dem Entwicklungsstand der Schüler/innen angemessen bleiben. Dies soll in erster Linie durch Textkürzungen unter Verzicht auf Auslassungszeichen erreicht werden. Verstümmelungen wurden dabei aber vermieden. Längere Texte werden nur mit narrativen Inhalten in leicht verständlicher Sprache angeboten. Den Schüler ansprechen werden auch Quellen, die affektgeladen sind, extreme Situationen schildern und emotionale Vorstellungsverknüpfungen ermöglichen. Dies soll weiter gefördert werden durch produktionsorientierte Arbeitsanregungen, welche die Empathiefähigkeit der Schüler/innen stärken.

Bei allen Maßnahmen zur Erreichung einer schülerangemessenen Quellenarbeit wurde darauf geachtet, dass nicht alle Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt wurden. Der Widerstand und die Fremdheit, das gewisse Maß von Unbestimmtheit, die oft von ihnen ausgehen, steigern ihre Wirkung häufig und können einen Reiz ausüben, neugierig machen, Fragen und Widerspruch auslösen. Exotisches und Fremdes sind überdies hochbeliebt, alte Zeitungen als Antiquitäten gehören dazu.

Einen breiten Raum nehmen Bildquellen als Arbeitsgrundlage ein. Die Vorbehalte, auf die Textquellen manchmal stoßen, sind hier nicht zu befürchten.

Zum Umgang mit den Materialien

Die hier vorliegenden Materialien sind in ihrer quellensammelungsartigen Zusammenstellung als Hilfe für die Lehrer/innen gedacht, welche die in den Lehrplänen aller drei Bildungsgänge geforderte Einbeziehung von Alltags- und Regionalgeschichte bei möglichst selbstständigen Arbeitsformen ernst nehmen. Aus dem Materialangebot kann die Lehrkraft die Quellen auswählen, welche sie für besonders geeignet ansieht und die dem Lernniveau der einzelnen Lerngruppe entsprechen. Quantitative und/oder qualitative Differenzierungen können und sollten auch durch Auswahl einzelner Quellen vorgenommen werden. Beispiele, wie beim Lehrer geleiteten Unterricht mit den angebotenen Materialien umgegangen werden kann, bieten auch die Hinweise bei den einzelnen Unterrichtseinheiten. Sollten offenere Lernstrategien verfolgt werden, so kann den Schülern die Quellenauswahl ein Stück weit selbst überlassen werden. Sie stellen dann im eigenverantwortlichen Arbeiten die sie interessierenden Quellen selbst zusammen, aus denen sie dann Vergangenes rekonstruieren.

Lehrpläne Geschichte HS und RS, S. 3. Im Lehrplan Gymnasium wird auf S. 5 eine „Spurensuche im lokal- und regionalgeschichtlichen Bereich“ empfohlen.

Vgl. Lehrplan Geschichte Gymnasium S. 5.

Ein Beispiel für den möglichen Ablauf einer Projektprüfung bei: K. U. Meier: Jüdisches Leben in Fulda. Leistungsbewertung im projektorientierten Unterricht. In: Geschichte lernen, H. 96/2003, Velber.

Joachim Rohlfes: Arbeit mit Textquellen. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (Sammelband), Seelze/Velber 1999, S. 47-54.

Lehrpläne Geschichte HS und RS, S. 4.

Das Heft ist nicht als Lehrbuchersatz gedacht, sondern sollte als Ergänzung gesehen werden. Es kann anschauliches, motivierendes Zusatzmaterial aus der Region zu den auf nationalgeschichtlicher Ebene behandelten Themen bieten und sie vertiefen. Auf Einsatzmöglichkeiten der Materialien in Zusammenhang mit Projekttagen, -wochen, Referaten, Abschlussprüfungen wurde schon hingewiesen.

Die „Stunde Null“ hatte viele Gesichter. Die hier vorgelegten Materialien können nur einige Facetten der damaligen Situation in exemplarischer Weise dokumentieren. Durch eine Kapitelgliederung, bei der jeweils einzelne Aspekte des Themas „Fulda nach dem Zweiten Weltkrieg“ schwerpunktmäßig behandelt werden, bleibt auch bei der Vielfalt des Materialangebots die Übersichtlichkeit erhalten.

Den einzelnen Themenblöcken zugeordnet sind auch die jeweiligen regionalgeschichtlich orientierten Sachinformationen. Sie unterstützen die vorbereitende Arbeit der Unterrichtenden in didaktisch-methodischer Hinsicht, liefern Hintergrundwissen und werden ergänzt durch Hinweise auf eine entsprechende Literatur.

Die Arbeitsaufträge bieten eine Fülle von Anregungen und Impulsen zum Umgang mit den einzelnen Materialien sowie zum Methodentraining und zur Stärkung der Teamfähigkeit. So lassen sie sich u.a. als Vorschläge für einen handlungsorientierten und fächerübergreifenden Unterricht, aber auch als Hilfen für die thematische Strukturierung der einzelnen Kapitel einsetzen. Querverweise zu den anderen Themenblöcken erleichtern die Vernetzung/Verknüpfung der einzelnen Unterrichtsinhalte.

Die Erläuterungen und Lösungen zu den Arbeitsaufträgen und -vorschlägen bieten weitere Hilfen, besonders für den (fachfremd) Unterrichtenden.

Die Stunde Null (Schülerarbeitsheft S. 4)

Sachinformationen zum Thema

Die Stadt Fulda bot am Ende des Krieges ein Bild der Trostlosigkeit: überall Bombentrichter, Zerstörungen, zerbrochene Fensterscheiben und offene Dächer. 200 000 Kubikmeter Schutt säumten Straßen und Plätze. Der von der Besatzungsmacht am 26.06.1945 eingesetzte Oberbürgermeister Schmidt rief alle männlichen Einwohner von 14-60 Jahren dazu auf, zur endgültigen Räumung der Straßen in vier aufeinanderfolgenden Wochen je einen Tag unbezahlten Ehrendienst zu leisten. Auch jeder heimkehrende Soldat wurde gezwungen, vier Wochen bei der Schuttbeseitigung mitzuhelfen.

Nur 53,7% der Häuser in Fulda hatten den Krieg ohne Beschädigungen überstanden. Auch Dom und Stadtschloss lagen, wie andere öffentliche Bauten, in Trümmern. Das Kanalnetz war an mehr als 200 Stellen unterbrochen. Die Fluss- und Eisenbahnbrücken waren zerstört, die Bahnanlagen total verwüstet. Kein Zug bewegte sich. Die Trümmer, der nicht abgefahrene Müll sowie der Mangel an Bekämpfungsmitteln ließen bald Ratten zur Plage werden. Die Müllabfuhrwagen konnten wegen Defekten oder Treibstoffmangel nur beschränkt fahren. Weggeworfene Munition gefährdete besonders die Kinder.

Die Versorgung mit Gas, Elektrizität, selbst mit Wasser war weitgehend zusammengebrochen. Wo noch etwas aus dem Wasserhahn lief, durfte es nur abgekocht getrunken werden. Die zugeteilten Lebensmittel sicherten kaum das Existenzminimum, da strömten schon zu Tausenden die durch den Krieg Entwurzelten - Verschleppte und Flüchtlinge - in die Stadt.

Die materiellen Verluste im Landkreis blieben im Allgemeinen hinter denen in Fulda zurück, wenn wir von der Unterbrechung der Verkehrswege durch einzelne Brückensprengungen absehen wollen. Ausnahmen bildeten die in M 2 aufgeführten Gemeinden. Grund der Zerstörungen waren Bombenabwürfe, nur in Hauswurz und Lahrbach kam es im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Amerikaner zu Verwüstungen. Dies galt auch im größeren Maße für Sargenzell und Mackenzell im Altkreis Hünfeld sowie Oberkalbach im damaligen Kreis Schlüchtern.

Zusätzlich zur materiellen Not litten die geprüften Menschen in Stadt und Land unter schweren seelischen Belastungen, welche die Erleichterung über das Ende des Krieges an den Rand geraten ließ. Die Trauer um verlorene Familienangehörige, die Sorge um Vermisste und Gefangene, das Elend der Kriegsversehrten, die moralische Katastrophe, in die das Land geführt worden war - dies alles lähmte und drückte viele nieder. Hinzu kam die Ungewissheit über die eigene Existenz und die allgemeine weitere Entwicklung, denn die Zukunft lag allein in den Händen der Besatzungsmacht, die alle staatliche Gewalt übernommen hatte.

Hinweise zum Unterricht

Zu M 1

Reizvoll kann hier eine genaue zeichnerische Veranschaulichung der Trümmermenge von 200.000 cbm sein. Auch erscheint eine Aufgabe sinnvoll, welche die Zahl der Lkw erfragt, die zur Abfuhr der Trümmer benötigt würde.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

1744 Häuser (53,7%) hatten den Krieg in Fulda unbeschädigt überstanden, 32,7% (8465 Räume) der Wohnräume standen nicht mehr zur Verfügung.

A 2

Aus den Materialien lassen sich Luftangriffe sowie Beschießungen zum Kriegsende als Ursache für die Zerstörungen entnehmen. Für die Brücken treffen auch Sprengungen durch die sich zurückziehenden deutschen Truppen zu.

A 3

-Zerstörung des Kanalnetzes, ungeordnete Müllabfuhr, zahlreiche Trümmerstätten, keine wirksamen Rattenbekämpfungsmittel.
-Ratten sind Krankheitsüberträger.
-Ratten vernichten Lebensmittel.

A 4

Zahlreiche Männer sind im Krieg gefallen oder noch in Gefangenschaft. Erschwerte Partnerfindung.

A 5

Zur Gesamtzahl von 2.725 Kriegstoten für Fulda muss einschränkend bemerkt werden, dass sich die Zahl der Bombenkriegsopfer nur auf den Entstehungsort, nicht aber auf den Wohnort bezieht. Die genannten Luftkriegsopfer waren nur zu einem Teil Fuldaer Bürger.

A 10

Männer des Sprengkommandos Fulda transportieren eine entschärfte Bombe (Blindgänger) ab.

Verschleppte, Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte

(Schülerarbeitsheft S. 10)

Sachinformationen zum Thema Verschleppte

Nach ihrem Einrücken kümmerten sich die US-Truppen sofort um die Verschleppten, die sie als Displaced Persons (DPs) bezeichneten. Als DPs galten dabei alle diejenigen Ausländer, die zur Arbeitsleistung nach Deutschland verpflichtet worden waren. In den Kasernenanlagen Fuldas (Ludendorff-, Hindenburg-, Konstantinkaserne) richtete die Besatzungsmacht für ca. 12.000 Angehörige der verschiedensten Nationen drei Dauerlager ein. Die DPs unterstanden bis 1949 ausschließlich den Amerikanern oder den mit ihnen zusammenarbeitenden internationalen Hilfsorganisationen. Weitere Lager befanden sich im Landkreis, ein sehr großes nahe der Kreisgrenze in Wildflecken.

Das vorrangige Ziel der US-Politik bestand in einer schnellen Rückführung der ehemaligen Zwangsarbeiter in ihre Heimat. Zu diesem Zweck wurde in der Krätzmühle ein Durchgangslager eingerichtet, das in den sechs Wochen im unmittelbaren Anschluss an das Kriegsende rund 240.000 Menschen auf der Durchfahrt in ihre Ursprungsländer betreute. Bis Ende September 1945 waren bereits rund 5,2 Millionen DPs in ihre Heimat zurückgebracht worden und die Repatriierung der Bürger westlicher Staaten hatte weitgehend ihren Abschluss gefunden. Die Gesamtzahl der DPs sank dadurch in Fulda bis zum Oktober 1945 auf ca. 6.000. Schwierigkeiten ergaben sich jedoch bei der Rückführung der ehemaligen Zwangsarbeiter in den Ostblock - vor allem Polen, Ukrainern und Balten -, von denen viele nicht in ihre Heimat zurück wollten. Für sie mussten zum Nachteil der deutschen Bevölkerung weitere Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden, da die Kasernen z.T. von der US-Armee benötigt wurden. Diese Maßnahme und besonders die zahlreichen Raubüberfälle von polnischen DPs, ließen ein gespanntes Verhältnis zwischen den Ausländern und der einheimischen Bevölkerung entstehen.

Für die Verpflegung der DPs - die Höhe ihrer Rationen lag weit über den deutschen Verpflegungssätzen - hatte in erster Linie die Stadt Fulda aufzukommen. Ende 1946 waren noch rund 3.000 DPs zu versorgen. Im Juni 1949 lösten die Amerikaner die Behörde für alle Verschleppten in Stadt- und Landkreis Fulda auf. Ihre Arbeit war beendet.

Hinweise zum Unterricht

M 2

UNRRA: United Nations Relief and Rehabilitation Administration – Soziale Hilfsorganisation der Vereinten Nationen. Sie übernahm vom US-Militär ab Ende 1945/Anfang 1946 die Betreuung der DPs. Die UNRRA-Verwaltung in Fulda war zuerst in der Haimbacher Str. 39, sodann in Hotel Lindenhof untergebracht. Am 1. Juli 1947 löste die IRO (International Refugee Organization) die UNRRA ab. Der IRO blieben die UdSSR und die Ostblockstaaten fern, da ihre Staatsbürger nicht mehr ausgeliefert wurden.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A2

Die Zusammenfassung könnte folgendermaßen aussehen:

- Sommer 1945 Einrichtung von den Lagern Gehringshof und Gersfeld für jüdische DPs und eines Krankenhauses für DPs in der ehemaligen Jugendherberge.
- November 1945: Unterbringung von DPs aus dem Baltikum im Gebiet der Frankfurter Straße. Räumung der Wohnungen durch deutsche Bewohner.
- Juli 1946: Errichtung eines Lagers für jüdische DPs im Badehof in Bad Salzschlirf.
- April 1947: Noch 2.700 DPs in Fulda.

Sachinformationen zum Thema Vertriebene (Schülerarbeitsheft S. 12)

Noch vor Kriegsende erreichten die ersten Flüchtlinge aus den Ostgebieten den Raum Fulda. In den folgenden Monaten trafen weitere Flüchtlinge einzeln oder in kleinen Gruppen aus dem Osten ein. Um die Jahreswende 1945 befanden sich etwa 1.000 Vertriebene in Fulda, für die Sammlungen stattfanden und Wohnraum beschlagnahmt wurde. Für die noch zu erwartenden geschlossenen Vertriebenentransporte richtete Fulda ein Auffanglager ein, von dem aus eine Weiterleitung erfolgen sollte.

Der erste geschlossene Transport lief am 23. Februar 1946 aus Landskron ein. Er kam wie fast alle Züge, die in der Barockstadt endeten, aus dem Sudetenland und war wie üblich nur wenige Stunden vorher angemeldet worden. Mehr Zeit blieb nicht, um Vorbereitungen für die Aufnahme der durchschnittlich 1.200 Menschen in 40 Güterwagen zu treffen.

Nach einer Entlausung und Erstversorgung erfolgte die Verteilung der Ausgewiesenen auf die Dörfer des Landkreises. Danach liefen in kurzen Abständen zwölf weitere Elendszüge ein, von denen am Ende drei Fulda direkt zugewiesen wurden, da die Aufnahmefähigkeit der Landgemeinden erschöpft war.

Der Kreis Hünfeld hatte fünf Transporte aufzunehmen, worunter sich auch einer aus Ungarn befand. Die Enge wurde drangvoll, in Fulda entfielen mittlerweile 2,1 Personen auf einen Wohnraum. In Silges (Kr. Hünfeld) wuchs die Einwohnerzahl von einem Tag auf den anderen um die Hälfte an. Durch entlassene Kriegsgefangene, Nachzug von Familienangehörigen sowie illegale Zuwanderung erhöhten sich die Zahlen weiter. Dies war eine gewaltige Herausforderung in schwerer Zeit, die für alle erhebliche Belastungen mit sich brachte. Sie äußerten sich nicht selten in Spannungen zwischen Alt- und Neubürgern.

Doch bald begannen Einheimische und Vertriebene, die neuen Realitäten hinzunehmen, und es gab erste Zeichen von Besserung. Die Zahl der Vertriebenen, die auf öffentliche

Unterstützung angewiesen war, sank, die berufliche und soziale Integration wuchs. Anfang 1948 verfügten in Fulda bereits 120 Flüchtlingsfamilien mit 600 Personen über eine eigene Wohnung, und Gartenlandzuteilungen halfen, die Ernährungslage zu verbessern.

Zum Hineinwachsen der Vertriebenen in die Gesellschaft trugen die Einrichtung verschiedener Dienststellen, die Gründung von Verbänden sowie das Lastenausgleichswerk bei. Als eingliederungsfördernd erwies sich auch die konfessionelle Zusammensetzung der Vertriebenen, die ziemlich genau derjenigen der ursprünglichen Wohnbevölkerung Fuldas entsprach. Die Vergabe von Staatskrediten förderten den Aufbau von Flüchtlingsbetrieben, allein 1949 waren es in Fulda 129. Anfang 1950 standen in der Barockstadt 76% der vertriebenen Männer und 83% der Frauen in Arbeit.

Hinweise zum Unterricht

M 1 zwingt zu genauem Lesen des umfangreicheren Textes, damit die verpuzzelten Teile richtig zusammengesetzt werden können. Sollten entsprechende Lernvoraussetzungen nicht gegeben sein und hier auch nicht geübt werden, so ist es denkbar, nur das Bild zu betrachten. Die hier verwendete Erklärung (Landskron) sollte dann verallgemeinert werden. Dann könnte sich bereits die Behandlung von M 2 oder M 3 anschließen.

Zu M 9 ließe sich die Zusatzaufgabe stellen: Erstelle eine Kreisdiagramm über die Herkunft der Vertriebenen in der Stadt Fulda.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

Die aus der Chronik von Blankenau stammende Information, die Vertriebenen seien in fünf Lastwagen angekommen, ist offenbar fehlerhaft. Nach Aussage einer Schwester von Irmgard Groh gegenüber dem Autor des Heftes am 27.08.2009 handelte es sich um Busse. Die Lkws transportierten nur das Gepäck.

Als Hilfen bei der Lösung der Aufgabe kann auf die Karte (A 2), auf die Datenangaben sowie auf Signalwörter (z.B. „geht es weiter“) hingewiesen werden. Möglich ist auch, dass der Anfang zur Einsicht auf einer festgelegten Stelle im Klassenzimmer ausgelegt wird.

Die richtige Reihenfolge

1. Aus dem Tagebuch der 17-jährigen Schülerin Irmgard Groh aus Riebzig bei Landskron.

Lager in Landskron: Am 19. Februar wurde ein Güterzug bereitgestellt: 40 Waggons mit 30 bis 40 Personen. Am Abend setzt sich unter tschechischer Bewachung der traurige Transport in Bewegung. Nach 25 Kilometern, in Triebitz, ist Pause: Über Nacht stehen wir am Bahnhof. Es ist kalt im Waggon. Man kann nicht schlafen.

In der Morgenfrühe geht es weiter, der Zug passiert noch einmal das Heimatdorf Riebzig. Alles ist wach, doch kein Auge wird nass. Alles sieht steif vor sich hin. Aber am Herzen, da nagt etwas, doch keiner zeigt es. Über Kolin und Prag geht es zur Grenze. Große Freude... die ersten deutschen Rufe. Sind ganz benommen, können es gar nicht fassen, dass wir endlich wieder freie Menschen sein werden.

Am 22. Februar werden wir in Furth im Wald erneut entlaust. Unter amerikanischer Bewachung erreicht der Transport in der Nacht bei schönem Wetter und offener Waggontür Nürnberg. In Würzburg - es ist nunmehr der 23. Februar – heißt es: Es soll nach Fulda gehen.

2. **FV-Artikel** vom 27.02.1946 über die Ankunft in Fulda: Die ersten Zwölfhundert

3. Aus der Chronik von Blankenau

Blankenau, Sonntag, 24. Februar 1946, 11.30 Uhr

Fünf große Lastautos, bis zur Decke vollgepackt mit Menschen, erschienen auf dem Schulhof. 154 Sudetendeutsche, Flüchtlinge aus Landskron und Umgebung müssen hier untergebracht werden, obwohl noch 47 Evakuierte das Dorf bevölkern. Alles rückt zusammen.

12 Mann konnten nicht untergebracht werden, sie wurden nach Schletzenhausen weitergeleitet. Die Worte eines großen Dichters würden den Dienst versagen, wollte man all das Leid, die Qualen, Todesängste, Entbehrungen und Nöte schildern, die diese erbarmungswürdigen Menschen seit dem Zusammenbruch erduldet haben. Der Transport bestand in der Hauptsache aus Frauen, Kindern und alten Männern. Die arbeitsfähigen Männer waren zwangsverschleppt, gemordet oder noch nicht aus der Gefangenschaft zurückgekehrt... Außer wenigen Kleidern brachten sie nur die Federbetten mit.

A2

Der Weg führt von Landskron über Triebitz, Riebzig, (Pardubitz), Kolin, Prag, (Pilsen), Furth im Wald, Nürnberg, Würzburg, Fulda nach Blankenau.

A11

Wegen der Fülle der Hinweise kann hier nur eine Auswahl erfolgen:

Denkmäler z.B.: Frauenberganlage (Marienstraße/Fulda), Heimatdenkmal (Haimberg/Fulda). Weitere Gedenkstätten: Fulda-Gläserzell, Petersberg-Götzenhof, Großenlüder, Flieden, Hofbieber-Langenbieber, Kalbach-Mittelkalbach, Hünfeld-Mackenzell

Straßennamen besonders in Burghaun, Eichenzell (Ortsteilen), Eiterfeld, Flieden, Fulda Gersfeld, Großenlüder, Hünfeld, Künzell, Neuhof, Petersberg

Vertriebenensiedlungen: Fulda-Niesig, Fulda-Gläserzell, Petersberg-Götzenhof, Eiterfeld-Fürsteneck

Heimatstuben: Fulda, Hünfeld

Partnerschaften: Fulda, Hünfeld

Hinweise bieten auch zahlreiche Grabsteine auf den Friedhöfen.

Sachinformationen zum Thema Flüchtlinge aus der Sowjetzone

(Schülerarbeitsheft S. 19)

Eine weitere Gruppe von Fremden, die im Gefolge des Krieges nach Osthessen kam, waren die Sowjetzonen-Flüchtlinge. Da sie anfangs terminologisch von den vor der Roten Armee aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze Geflüchteten sowie den Vertriebenen nicht getrennt wurden, ist es nur erschwert möglich, sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit als eigenständigen Personenkreis zu erfassen. Dennoch waren sie in nicht geringer Zahl vorhanden. Obwohl die Stadt Fulda Zuzugsgenehmigungen für SBZ-Flüchtlinge nicht erteilte, konnte sie sich dem Problem der Ost-West-Wanderung nicht entziehen. 1948 trat dieser „neue Personenkreis... verstärkt in Erscheinung“. 7.840 illegale Grenzgänger aus der SBZ, Österreich und der CSR meldeten sich bei der Flüchtlingsdienststelle. Die allermeisten dürften aus der sowjetischen Besatzungszone gekommen sein. Zuzugsgenehmigungen für SBZ-Flüchtlinge wurden dabei nur wenige erteilt. Aber es gab Schlupflöcher. Wurde kein zusätzlicher Wohnraum in Anspruch genommen, konnte man (oft) bleiben. 1949 wuchsen die Probleme: Am Jahresende verzeichnete man in der Bundesrepublik 500 SBZ-Flüchtlinge pro Tag. Die Alliierten forderten Maßnahmen gegen den „Menschenstrom“. Die Presse sprach von einer „gezielten Entvölkerung“ des Ostens durch eine „SED-Aktion“. Hintergrund war die Unerwünschtheit der Zuwanderung, denn die Bundesrepublik wies 1,5 Millionen Arbeitslose auf.

Erst mit dem Einsetzen des Wirtschaftswunders sollte sich die offizielle Haltung gegenüber den Menschen aus der SBZ/DDR ändern. Jetzt waren die ausgebildeten und leicht integrierbaren Arbeitskräfte hoch willkommen und konnten zudem noch politisch instrumentalisiert werden („Abstimmung mit Füßen“). Die Volkszählung vom 06.06.1961 wies denn auch für die Stadt Fulda 2.448 SBZ-Flüchtlinge aus.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

Der Grenzübertritt von einer Besatzungszone in die andere stand unter Strafe. Die Demarkationslinie wurde von den Streitkräften der Besatzungsmächte und ihren deutschen Helfern kontrolliert. Die Absperrung war jedoch lückenhaft, sodass ein Überwechseln von einer Zone in die andere besonders für Ortskundige möglich war. Erst ab 1952 errichtete die DDR einen durchgehenden Grenzzaun.

A 2

Die Gegenüberstellung der Abbildung der frühen Grenzsperranlage bei Simmershausen (50er Jahre) mit den perfekt ausgebauten Grenzsperranlagen, wie sie ab den 70er/80er Jahren des

vorigen Jahrhunderts bestanden, lässt die Veränderungen deutlich werden.

A3

Wohnungs- und Nahrungsmangel. Aus dem hier vorliegenden Material nicht zu beantworten:
Arbeitslosigkeit nach der Währungsreform

Sachinformationen zum Thema Evakuierte (Schülerarbeitsheft S. 22)

Ein Problem, das aus der Kriegszeit weitergereicht wurde, waren neun Millionen Evakuierte in Deutschland, die meist wegen der ständigen Bombardierung der Großstädte ihre Heimat hatten verlassen müssen. Das als „Luftschutzkeller“ geltende Osthessen wurde zu einem der Aufnahmeräume.

Als eigenständige Personengruppe wurden die Evakuierten im Gegensatz zu den Vertriebenen in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Die mag auch daran liegen, dass ihnen eine landsmannschaftliche Geschlossenheit und Organisation fehlte.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A1

Die Menschen wurden wegen der anhaltenden Bombenangriffe besonders auf die Großstädte in Nord- und Westdeutschland in mehr ländliche Gebiete evakuiert, die als „bombensicher“ galten.

A2

Der Anteil der Evakuierten an der Gesamtbevölkerung Fuldas betrug 1950 13,5%.

A3

Vertriebene (1950) 18,2%, Anteil der Evakuierten s. A 2. Anteil der übrigen Bevölkerung mithin 68,3%. Der Begriff „alteingesessenen“ Bevölkerung ist insoweit irreführend, da der Anteil der SBZ-Flüchtlinge unbekannt ist.

Überleben nach dem Zusammenbruch

(Schülerarbeitsheft S. 24)

Sachinformationen zum Thema Der Kampf ums tägliche Brot (M 1 – M 11)

Auch unter der Besatzungsherrschaft musste die Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt werden. Während sich viele einige Zeit mit Vorräten aus der Kriegszeit – die Versorgung mit Lebensmitteln war bis zum Schluss ausreichend gewesen – und mit bei Kriegsende organisierten Gütern behelfen konnten, waren die allermeisten bald nur noch auf die zugeteilten Rationen angewiesen. Und diese sanken rapide. Für die fünf Wochen vom 23. April bis zum 27. Mai 1945 wurden folgende Lebensmittel auf Karten für den Normalverbraucher ausgegeben: 1.500 g Brot sowie 250 g Fleischwaren je Woche, 200 g Nahrungsmittel, je 100 g Marmelade und Kaffee-Ersatz und 200 g Butterschmalz. Im November 1945 betragen die Zuteilungssätze in der amerikanischen Zone in ihrem Nährwert für den Normalverbraucher 1.507 Kalorien täglich. Im April 1946 setzt man die Rationen auf 1.275 Kalorien herab. Eine Ernährungskrise war da, für welche fehlende Transportmittel sowie der Schwarzmarkt als Ursachen genannt wurden. Landrat Stieler hielt eine „Hungerrede“, in der er eindringlich an die Bauern appellierte, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen. Wer Tauschwaren besaß, brach zu Hamsterfahrten in die Rhön auf. Garten- und Felddiebstähle nahmen zu. Die Presse wies die hungernde Bevölkerung auf Pilze und Wildfrüchte hin und pries Zuckerrübenmus und Bratkartoffeln ohne Fett an. Rossschlächter hatten Hochkonjunktur und für die Schulkinder wurde eine Schulspeisung organisiert. Den Tiefpunkt sollte der Schreckenswinter 1946/47 bringen, in dem das Thermometer wochenlang nicht über den Gefrierpunkt stieg. Als Folge davon brach das Transportsystem völlig zusammen. Mitte April 1947 erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Carepakete aus den USA konnten in dieser Lage lediglich noch Zeichen setzen, keine Abhilfe schaffen. Die Maikundgebung des Gewerkschaftsbundes im Fuldaer Schlosshof stand unter dem Thema Hungersnot, und Landrat Stieler sah für die Region die schwerste Stunde nach dem 30-jährigen Krieg gekommen. Erst im Mai 1948 konnten die Menschen aufatmen, die schlimmste Not wich. Ab Mitte des Jahres 1948 gewährleisteten die Rationen endlich eine ausreichende Nahrungsversorgung.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

Den Materialien lässt sich entnehmen:

M 1: Fettschwund, Abbau von Organen und Muskeln, Eiweiß- und Vitaminmangelschäden, Zunahme der Rachitis, Verdopplung der Säuglingssterblichkeit seit 1938.

M 4 und M 5: Zunahme von Diebstählen (Garten- und Felddiebstähle, Taschen- und Gepäckdiebstähle, Entwendung von Lebensmittelkarten aus den Einkaufstaschen heraus).

M 6 – M 10:

- Ausweichen auf Wildfrüchte und Ackerfrüchte, die in normalen Zeiten in dieser Form keine Verwendung bei der menschlichen Ernährung finden.

- Bekämpfung von Schädlingen
- Verzehr von Pferdefleisch
- Verzehr von minderwertigem Fleisch

A2

Wenn von Schülern A 1 so umfassend, wie hier in den Hinweisen zu den Arbeitsaufträgen dargestellt, beantwortet wird, erübrigt sich A2.

Alternativ lassen sich A 1 und A2 als Aufgabenstellung zusammenfassen.

Freibank: Verkaufsstelle von bedingt tauglichem Fleisch, das tierärztlich geprüft ist.

A3

CARE (Cooperative for American Remittances to Europe/Zusammenschluss für amerikanische Überweisungen nach Europa): Zusammenschluss von amerikanischen Wohltätigkeitsorganisationen im Jahre 1946. Sie sandten Hilfssendungen in C-Paketen mit Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten nach Europa. Deutschland erhielt von 1946-1954 6,7 Mio. Pakete.

A4

Der Begriff Kalorie findet heute vornehmlich im Zusammenhang mit Gewichtsproblemen/Schlankheitskuren Verwendung. Während in der Nachkriegszeit zu wenig Kalorien zur Verfügung standen, wird heute eine Überernährung für viele zur Gefahr.

Sachinformationen zum Thema Wohnungsnot (Schülerarbeitsheft S. 27, M 1 – 4)

Durch die „erzwungene Wanderung“ von Millionen Menschen, durch Zerstörungen sowie Beschlagnahmungen entwickelte sich die Wohnungsnot zu einem „Kardinalproblem“. Vor dem Beginn der Bombenangriffe verfügte Fulda über einen Bestand von 25.855 Wohnräumen. Nach der Besetzung im April 1945 standen für die deutsche Bevölkerung noch 17.390 Wohnräume zur Verfügung (s. M 1 Kap. Stunde Null), 7.906 waren zerstört bzw. unbewohnbar und 1.133 hatte die Besatzungsmacht für ihre Zwecke beschlagnahmt. Zusätzlich mussten allein im Zeitraum vom 1. Januar 1946 bis zum 31. März 1947 für 6.000 Menschen Unterkunft geschaffen werden. Anfang 1947 drängten sich in Fulda in 7.640 Wohnungen mit 220.000 m² 39.906 Menschen. Dies bedeutete eine Belegdichte pro Raum von 2,2 Personen und eine Wohnfläche für den Einzelnen von 6 m². „Scharfe Eingriffe in das Privatleben der städtischen Bürgerschaft“ waren deshalb nötig. Dies hatte zur Folge, dass sich der „Widerstand der Bevölkerung gegen die Maßnahmen des Wohnungsamtes“ verstärkte und in 79 Fällen Zwangsmaßnahmen angeordnet werden mussten. Durch Wiederaufbau sowie Rückgabe beschlagnahmter Häuser erhöhte sich zwar der Wohnungsbestand kontinuierlich, doch die Lage bei der Wohnraumversorgung blieb weiter angespannt. Und dies sollte noch einige Zeit so bleiben. Zwar waren bis zum 31. März 1950 73% des zerstörten Wohnraumes wiederaufgebaut und nur noch 225 Wohnräume beschlagnahmt, sodass insgesamt wieder 23.593 Wohnräume zur Verfügung standen – die Belegungsdichte fiel auf 1,85 Personen pro Wohnraum -, doch dem stand eine starke

Bevölkerungszunahme gegenüber. Die Einwohnerzahl Fulda stieg bis zum 1. April 1950 auf 43.817. Vor Kriegsausbruch hatte sie lediglich 34.202 einschließlich „Militärpersonen“ betragen. Wer Wohnraum suchte, befand sich weiter in schlechter Position. Er konnte seine Lage nur mit Zusatzangeboten wie Beteiligung an den Ausbaukosten oder der Arbeit im Haushalt günstig beeinflussen.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

- Die Zahl von 2,2 Personen wurde in M 1 irrtümlich gelöscht. Sie muss den Schülern gegeben werden. Die zweite fehlende Zahl lautet aufgerundet 6 m^2 (220.090 geteilt durch $39.906 = 5,5$).

- Als zusätzliche Aufgabe lässt sich die Belegungsdichte pro Wohnung mit 5,2 ermitteln (39.906 geteilt durch 7.640).

- Heute beträgt die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche 42 m^2 (Angabe 2006).

A 2

In den (Groß-) Städten der Dritte-Welt-Länder, z. T. auch in Schwellenländern.

Sachinformationen zum Thema Mangel an allem

(Schülerarbeitsheft S. 30, M 1 – 17)

Ähnliche Verhältnisse wie im dem Wohnungs- und Lebensmittelsektor herrschten auch auf allen anderen Feldern der Versorgung. Bei allen Waren des täglichen Bedarfs konnte ebenfalls nur der Mangel verwaltet werden. 1946 standen zum Beispiel für die gesamte Stadtbevölkerung insgesamt nur 18.300 Paar Schuhe zur Zuteilung bereit. Dabei fehlte es fast völlig an Straßen- und Arbeitsschuhen für Männer, viele Arbeiter mussten deshalb ihre Betriebsstätte verlassen. Auch die Verteilung von Arbeitskleidung war völlig unzureichend. Insgesamt standen die Zuteilungen in keinem Verhältnis zu dem dringend notwendigsten Bedarf. Dies galt besonders für die Vertriebenen. An Haushaltsgeräten konnten beispielsweise 1946 nicht einmal 2% der vorliegenden Anträge bewilligt werden. Im Winter 1947 verursachte die Versorgung mit Strohsäcken und Woldecken große Schwierigkeiten. Und im Sommer mussten Raucher sich ihre Zigaretten mit dem Brennglas anzünden, da Streichhölzer kaum erhältlich waren. Es fehlte an allem!

Prekär war auch die Lage bei Brenn- und Kraftstoffen. Die Versorgung mit Kohle brach nicht zuletzt auch wegen des zerstörten Transportsystems weitgehend zusammen. Einschränkungen bei der Stromversorgung waren die Folge. Im Winter 1945/46 durften mehrflammige Beleuchtungskörper und elektrische Raumheizungen nicht mehr benutzt werden, elektrische Kochplatten und Herde nur, wenn keine anderen Kochgelegenheiten zur Verfügung standen.¹¹ Die Landesbibliothek Fulda schloss wegen Mangel an

⁹ Alle Zahlenangaben nach V 1949, S. 20.

¹⁰ V11/1939 (Stichtag: 17. Mai 1939).

¹¹ FVZ 28.11.1945.

Heizmaterial. Ab dem 30. Januar 1946 arbeitete das Gaswerk zwar wieder - der Kessel war am Kriegsende von einem Artillerietreffer außer Betrieb gesetzt worden -, doch die Gasversorgung blieb wegen fehlender Kohlen beschränkt. Die 56 Straßenlaternen, welche ab Ende 1946 wieder Licht spendeten, erloschen nach drei Wochen wegen Gassperre schon wieder. Die Menschen versuchten, auf Brennholz auszuweichen, aber auch hier musste zum sparsamen Wirtschaften aufgerufen werden. Den Landwirten fehlten für das Rücken des geschlagenen Holzes Wagen, Schlitten, Hafer und Hufeisen. Ein Mangel verursachte den anderen.

Dramatisch wurde die Lage bei der Energieversorgung im Eiswinter 1946/47. Schon im November 1946 kam es zu Stromsperrern. Als wegen Vereisung der Flüsse im Januar 1947 die Wasserkraftwerke ausfielen, musste sogar der Fahrplan der Reichsbahn reduziert werden. Die Stadt Fulda versuchte, sich von Lieferungen von außerhalb unabhängig zu machen und nahm im März 1947 eine eigene Braunkohlengrube in Betrieb. Ein Bericht der Heinrich v. Bibra-Schule beschrieb die Auswirkungen der Versorgungsmisere exemplarisch: „So waren die Schulversäumnisse bei den Schülern infolge Unterernährung, schlechten Schuhwerks und besonders durch die große Kälte des Winters 1946/47 erheblich. An bedürftige Schulkinder wurde soweit als möglich eine Sonderbesohlung des Schuhwerks durchgeführt. Es fehlen Tafeln, Hefte, Zeichenmaterial und Bücher...“

In diesen Zeiten des katastrophalen Mangels war an eine freie Marktwirtschaft nicht zu denken, obwohl sie langfristig zu den Zielen der amerikanischen Besatzungspolitik gehörte. Das bestehende Bewirtschaftungs- und Rationierungssystem musste zunächst beibehalten werden, und zwangswirtschaftliche Maßnahmen, Lebensmittelkarten sowie Bezugsscheine bestimmten weiter das tägliche Leben. Das Wirtschaftsamt verteilte Spinnstoffe, Schuhe, Herde, Öfen, Kochtöpfe, und Wohnungskommissionen und Wohnungsämter regelten die Zuteilung der Wohnungen. Die Preis-, Lohn- und Gehaltsfestsetzungen des Dritten Reiches galten ebenfalls weiter. Um überleben zu können, wichen viele auf den Schwarzen Markt aus. Schwarz-, Tausch- und Schiebergeschäfte nahmen bald „überhand“, obwohl eine „rücksichtslose Bestrafung“ angedroht wurde. Kontrollen in Einzelhandelsgeschäften und bei Landwirten, im Straßen- und Bahnverkehr, Verbot von Hausschlachtungen, die Veröffentlichung der Namen von Bestraften – alles nützte wenig, denn ein Unrechtsbewusstsein bestand bei dieser aus der Not geborene Zeiterscheinung bei den wenigsten. Der Schwarzmarkt, dessen Vielfalt von der Selbsthilfe bis zum Großschiebertum reichte und auf dem Waren aller Art im Tausch gegeneinander oder gegen weit über den vorgeschriebenen Höchstpreisen liegende Geldbeträge gehandelt wurden, blühte weiter. Die amerikanische Zigarette, die „Lucky Strike“, etablierten sich als Leitwährung. Zentrum des illegalen Handels war in Fulda der Bahnhof.

Hinweise zum Unterricht

Besonders M 4, M 14 bis M 17 können dazu genutzt werden, Grundkenntnisse über die Zwangswirtschaft sowie ihre Auswirkungen zu erwerben und somit einen Beitrag zur Wirtschaftserziehung zu leisten (Sozialkunde). In diesem Fall sollte besonders auf M 4 mit geeigneten Fragestellungen eingegangen werden.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

Den Materialien (M 2, auch M 3) lässt sich entnehmen:

Das Wirtschaftsamt gab Bezugsscheine (-marken) für alle Arten von Waren aus. Nur mit diesen Bezugsscheinen konnte dann in den Geschäften eingekauft werden.

M 2 ist weiter zu entnehmen, dass das Amt manchmal überfordert wirkte. Für den allgemeinen Mangel durfte es jedoch nicht verantwortlich gemacht werden. Wenn Waren fehlten, konnten auch keine verteilt werden.

A 5

Der Schwarzmarkt musste kriminalisiert werden, weil er dem Bewirtschaftungssystem einen Teil der knappen Güter entzog.

A 6

Die „Ami-Zigarette“ erfüllte Geldfunktion, da sie als Tauschmittel anerkannt war. Sie konnte in kleine Portionen zerlegt werden, war transportierbar, übertragbar, knapp und begehrt.

A 7

Die Karikatur will am Beispiel eines Schuhmachers verdeutlichen, dass im System der Zwangswirtschaft viele Dienstleistungen und Güter nur gegen amerikanische Zigaretten oder einem anderen begehrten Tauschmitteln zu erhalten waren. Die offizielle Währung war weitgehend wertlos, der „Kunde“ nicht König, sondern Bittsteller.

Die Besatzungsmacht (Schülerarbeitsheft S. 35)

Sachinformationen zum Thema

Mit den amerikanischen Kampftruppen war auch ein U.S. Military Government Detachment eingerückt, d.h. eine Abordnungen von speziell geschultem Personal, das die Militärregierung in Fuldas stellte. An ihrer Spitze stand am Anfang Captain Edwin J. Dikeman. Er hatte sich um die Fortführung des bürgerlichen Lebens zu kümmern sowie erste Befehle an die Bevölkerung zu veröffentlichen. Die ersten Anordnungen der Militärs waren streng. Ihnen musste „widerspruchslos“ nachgekommen werden. Die Vernichtung von Nationalsozialismus und deutschem Militarismus stand an oberster Stelle. Die Bestrafung aller, die Verbrechen und Grausamkeiten begangen hatten, wurde angekündigt, die Schließung der Gerichte sowie der Unterrichts- und Erziehungsanstalten angeordnet. Auf zahlreichen Handlungen, als Verbrechen bezeichnet, stand die Todesstrafe. Dazu zählten Angriffe auf Besatzungssoldaten, Sabotage, Waffenbesitz, Plündern, Unterstützung der „feindlichen“, sprich deutschen Soldaten, Vernichtung von Akten, Diebstahl von Eigentum der Besatzungsmacht sowie „Irreführung irgendeines Angehörigen der alliierten Streitkräfte“. Zu den „sonstigen strafbaren Handlungen“ gehörten „unerlaubter Aufenthalt im Freien während der Ausgangsbeschränkung“, nicht im Besitz eines gültigen Personalausweises zu sein, Bestechung „oder Einschüchterung“ eines Besatzungssoldaten.

Doch die Militärregierung beschränkte sich nicht auf Repression. Sofort bemühte sie sich um die Wiederherstellung der Wasserversorgung und, nach einer gewissen Verzögerung, um das Unterbinden weiterer Plünderungen. Am 28. August 1945 durfte ein deutsches Sprengkommando seinen Dienst aufnehmen. Bis zum 15. Juni 1946 entschärfte es in Fulda 22 schwere Bomben. Hinzu kam die Bergung und Beseitigung großer Mengen von Munition sowie die Zerlegung von liegengeliebenem Kriegsgerät. Über Jahre hinweg bildete die ehemalige Heeresmunitionsniederlage im Gerloser Wald (Niesig) einen wichtigen Einsatzort des Kommandos.

Wurde allein dadurch schon deutlich, dass ohne die Mitwirkung der Besiegten die drängendsten Aufgaben und Probleme nicht bewältigt werden konnten, so galt dies im höheren Maße für die Verwaltung. Ihre Funktionsfähigkeit wollten die Amerikaner unter allen Umständen erhalten. Jeder Beamte hatte deshalb zunächst an seinem Platz zu bleiben. Dieses duale System „mit eindeutiger Hierarchie“, bestehend aus Militärregierung und untergeordneter deutscher Verwaltung, bestimmte von nun an das Bild im Nachkriegsdeutschland. Die Militärregierung konzentrierte sich darauf - ihr geringer personeller Umfang zwang sie dazu - lediglich eine Leitungs- und Kontrollfunktionen der deutschen Verwaltung gegenüber einzunehmen. Nur die Bereiche öffentliche Sicherheit sowie Entnazifizierung behielten sich die Amerikaner ganz vor.

Da die deutsche Verwaltung auf keinen Fall identisch mit der aus der NS-Zeit sein sollte, wurden die Spitzenpositionen sofort mit Nazigegegnern oder regimefernen Persönlichkeiten besetzt. Zeitnah entließ man alle NSDAP-Mitglieder. Neue, im Sinne der Besatzungsmacht unbelastete Personen traten an ihre Stelle. Als Landrat des Landkreise Fulda wurde zunächst der Zentrumspolitiker und Chefredakteur der Fuldaer Zeitung in der Weimarer Republik J. Kramer Ende Mai 1945 eingesetzt, dem nach wenigen Wochen (10. Juli 1945) Georg Stieler folgte. Der Bankdirektor Erich Schmidt erhielt Ende Juni das Amt des Oberbürgermeisters in Fulda. Landrat Stieler zog Ende Juli 1945 öffentlich eine erste Bilanz über die Tätigkeit der Militärverwaltung: „Das Besatzungsregime ist milde und nicht schikanös. (...) Trotzdem bringt jede Besatzung Härten und Unbequemlichkeiten mit sich, die für den Einzelnen oft recht schwer und bitter sind. Besiegtenlos!“

Etwas später erfolgte der Neuaufbau der deutschen Behörden auf Provinz- und Länderebene. Ebenso schrittweise ging auch die Übertragung von Zuständigkeiten an die deutschen Behörden vor sich. So übertrug am 15. November 1945 die Militärregierung den Landräten und Oberbürgermeistern wieder die Behördenleitung, nur einzelne Sachgebiete wie die Sicherheit blieben weiter unter der direkten Oberhoheit der Besatzungsmacht.

In den kommenden Monaten und Jahren zogen sich die Amerikaner aus dem täglichen Verwaltungsgeschäften immer stärker zurück und nahmen zuletzt nur noch die Rolle von Beobachtern ein. Die auf Major Russe folgenden Leiter der Militärregierung - Oberstleutnant Howard R. Cress (ab Mai 1946), Oberstleutnant Schmidt (ab Juli 1947), Major Tempest (ab Januar 1948) und Herr Clark (ab Juni 1948) – wurden denn auch öffentlich immer weniger wahrgenommen.

Praktisch beendet war die Herrschaft der Militärregierung, als die Bundesregierung gebildet wurde. Ab Oktober 1949 amtierte der fließend Deutsch sprechende Mr. Weyland nur noch als Kreisbeauftragter des Hohen Kommissars in Fulda. Er war Chef der amerikanischen Zivilverwaltung und wollte sich „in innerdeutsche Angelegenheiten“ nicht einmischen. Er sah seine Aufgabe ausschließlich darin, politische sowie wirtschaftliche Strukturen entstehen zu lassen bzw. zu festigen, „die vom angelsächsischen Liberalismus und Demokratieverständnis geprägt waren“.

War die Militärregierung im täglichen Leben und im Straßenbild schon vom Beginn der Besatzungszeit an weniger in Erscheinung getreten, so stellten die Soldaten der US-Streitkräfte mit ihren Fahrzeugen die augenfälligen Repräsentanten der Machtverhältnisse dar. Fulda diente seit der Einnahme als amerikanische Garnisonsstadt und gehörte zum Bereich der 7. US-Armee, allerdings mit wechselnden Einheiten. Einige „Arbeitsdienstkompanien, eine Wachabteilung und eine Grenzpatrouilleneinheit“ waren in der Stadt stationiert, und am 9. Dezember 1951 „wurde das 14. Panzeraufklärungsregiment nach Fulda versetzt“. Auch eine Besatzungspolizeieinheit, die Constabulary, befand sich in Fulda. Die meisten US-Truppen fanden in der ehemaligen Ludendorffkaserne (später Downs

Barracks) Quartier. Doch auch andere Gebäudekomplexe und Häuser wurden von ihnen beansprucht, darunter das ehemalige Heeresverpflegungsamt in der Buttlarstraße, Teile des Stadtschlusses (Militärgericht), die Hauptwache (Militärpolizei), die Orangerie, das Bürgervereinsgebäude, die ehemalige Höhere Mädchenschule (danach: Realgymnasium), das Sportbad (nur an bestimmten Tagen für Deutsche freigegeben) und verschiedene Hotels.

Viele Besatzungssoldaten residierten außerhalb der militärischen Anlagen, vornehmlich in den Villen der besten Wohnquartiere. Als feststand, dass keine deutschen Widerstandsaktionen zu befürchten waren, ließen die höheren Dienstgrade ihre Angehörigen nachkommen. Das Frauenbergviertel mit Elisabethen- und Marienstraße wurde zu einem rein amerikanischen, durch einen hohen Stacheldrahtzaun gesicherten Wohnquartier, das für Deutsche gesperrt blieb und nur mit einem speziellen Ausweis betreten werden durfte. 1946 befanden sich insgesamt 2.700 Soldaten oder Angehörige der Besatzungsarmee in der Stadt, was bei der herrschenden Wohnungsnot eine arge Belastung darstellte. Schon beim Einmarsch hatten die Amerikaner 1.133 Wohnräume beschlagnahmt, was einen Anteil von 6,5% am Gesamtbestand bedeutete. Bis zum 1. April 1950 sank diese Zahl, zum Teil nach zähen Verhandlungen, auf 225 beschlagnahmte Wohnräume.

Entspannung gab es auch auf anderen Gebieten der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Bestand für die US-Soldaten am Anfang ein striktes Fraternisierungsverbot – nur dienstliche Kontakte mit den Besiegten waren erlaubt – ergaben sich bald auch privat engere Verbindungen, sodass, der Praxis folgend, die Verbote schrittweise gelockert wurden. Beweis dafür war eine erste deutsch-amerikanische Trauung in der Fuldaer Lutherkirche am 19. April 1947. Lebensmittel- und Sachspenden aus den USA taten ein Übriges. Als ein weiteres Zeichen des Wandels, angebahnt durch die große Politik wegen des sich steigernden Ost-West-Konflikts, können auch die monatlichen Zusammenkünfte zwischen den amerikanischen Kommandanten und deutschen Beamten dienen, die „entscheidend an der Etablierung der Verständigung beteiligt“ waren. Daraus entstanden später die Sitzungen des deutsch-amerikanischen Beratungsausschusses, der 1952 gegründet wurde.

Hinweise zum Unterricht

Das Kapitel Besatzungsmacht lässt sich gut mit dem Thema Entnazifizierung (Vergangenheitsbewältigung) verbinden, da die Absicht, den Nationalsozialismus auszurotten anfangs die amerikanische Besatzungspolitik entscheidend beeinflusste. Eine Konzentration des Unterrichts auf die Entnazifizierung mit wenigen Materialien aus diesem Themenblock (z.B. M 4) ist denkbar.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

Die Macht der Militärverwaltung war absolut (M 1 bis M 8). Ihre ersten Aufgaben sah sie darin, ihre Herrschaft zu sichern – man befürchtete deutsche Widerstandshandlungen – und den Nationalsozialismus zu vernichten (besonders M 3 und M 4.) Weiterhin lassen sich zur Beantwortung der Frage M 4, M 9 und M 10 des Kapitels die Stunde Null sowie M 1 und M 2 des Themas Verschleppte heranziehen.

A 2/3

Für Offiziere/höhere Dienstgrade mit ihren Familien hatten die deutschen Bewohner die Villen in der besten Wohnlage am Frauenberg zu räumen. Die Absperrung gegenüber den Deutschen erfolgte aus Abgrenzungs- und Sicherheitsgründen. Wie wenig „unverständlich“ das Handeln der Bewohner des Frauenberges war, lässt der letzte Absatz des Schreibens des Oberbürgermeisters erkennen. Die Quelle verdeutlicht überdies den Zwiespalt, unter dem die deutsche Verwaltung als ausführendes Organ von unpopulären Maßnahmen der Besatzer stand.

A 5

Die Materialien lassen eine Entwicklung von strenger Absonderung bis hin zu einem „innigeren“ Verhältnis von Amerikanern und Deutschen erkennen. Die Trauung ist insoweit bemerkenswert, da hierzu der Soldat die Erlaubnis seiner Vorgesetzten benötigte. Beziehungen (ohne rechtliche Basis) zwischen deutschen Frauen und US-Soldaten bestanden dagegen schon seit dem Einmarsch.

Vergangenheitsbewältigung

Sachinformationen zum Thema Entnazifizierung (Schülerarbeitsheft S. 39)

Als eine notwendige Voraussetzung „für die Entwicklung einer gesunden deutschen Demokratie“ sahen die Amerikaner die Vernichtung des Nationalsozialismus an. Die Partei, alle ihre Gliederungen sowie ihre Ämter wurden aufgelöst, ihre führenden Vertreter und alle, welche die Besatzungsmacht als gefährlich einstufte, wurden verhaftet und festgesetzt. Die anderen ehemaligen „Parteigenossen“ befohl man zu Arbeitseinsätzen. Beamte, Angestellte, Fabrikbesitzer/Unternehmer, auch Kaufleute, Handwerksmeister mit NS-Vergangenheit mussten ihre Posten räumen und wurden meist nur noch mit einfachen Arbeiten beschäftigt. In Fulda kam es 1945 zu insgesamt 770 Entlassungen aus politischen Gründen. Wie gravierend diese „Säuberungsmaßnahmen“ z. T. waren, sei an Beispielen aus dem schulischen Bereich aufgezeigt. „Da ein großer Teil der Lehrer durch die Entnazifizierungsbestimmungen aus dem Beruf ausscheiden musste“, kam es in der Heinrich v. Bibra-Schule dazu, „dass die Klassen eine Belegung von 60 und mehr Kindern hatten“. Im Realgymnasium blieben noch neun von ursprünglich 17 Lehrern übrig. Der bisherige Fuldaer Oberbürgermeister Dr. Danzebrink musste am 25. Juni 1945 seinen Posten verlassen und wurde ins Internierungslager Darmstadt verbracht.

Die Entnazifizierung und Entmilitarisierung galt für alle Lebensbereiche. Straßennamen, Bezeichnungen von Institutionen erhielten neue bzw. ihre alten unbelasteten Namen. Der Adolf-Hitler-Platz in Fulda hieß nun wieder Unterm Hl. Kreuz, die Schlageterschule Domschule und das Landkrankenhaus führte nicht mehr den Namen des Gauleiters. Alle Büchereien und Bibliotheken hatten das nationalsozialistische Schrifttum auszusortieren. Das Fuldaer Hauptpostamt verlor sein Hakenkreuz und die Bronzeplastik im Hof der alten Universität ihr Schwert. Auch „militärische deutsche Nationallieder“ durften nicht gespielt werden.

War man bei der Verhaftung der Nationalsozialisten anfänglich nach vorbereiteten Listen sowie nach Informationen aus der Bevölkerung vorgegangen, so stellte man das Verfahren bald auf eine breitere Basis. Jeder Deutsche musste einen Fragebogen mit 131 Fragen ausfüllen, in dem seine Vergangenheit durchleuchtet wurde. Wer sich „irrte“, hatte mit empfindlichen Strafen zu rechnen. Sie reichten bis zu längeren Gefängnisaufenthalten. Das fast einen Meter lange Dokument sowie der Meldebogen dienten als Grundlage für die Spruchkammerverfahren. Mit den Spruchkammern - eine gerichtsähnliche Einrichtung, meist mit Laien besetzt - übertrugen die US-Militärbehörden auf Grundlage des Gesetzes „Zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ den Deutschen weitgehend die Entnazifizierung selbst. Am 23. April 1946 fand in Wiesbaden die feierliche Einsetzung der Spruchkammern Fulda-Stadt (Vorsitzender OB Dr. K. Raabe) und -Land statt. Die erste Sitzung der Spruchkammer Fulda erfolgte „unter großem Andrang“ in der letzten Juniwoche.

Unbelastete bewerteten nun die politische Schuld ihrer Mitbürger in der NS-Diktatur. Als Höchststrafe drohten den so genannten ‚Hauptschuldigen‘ (Gruppe I) 10 Jahre Arbeitslager. Auch konnten u.a. Vermögenseinzug und Berufsverbote ausgesprochen werden.

Die Spruchkammern wendeten sich zuerst den nur nominell Belasteten zu, um möglichst schnell viele Fälle abzuarbeiten und den Minderbelasteten die berufliche Wiedereingliederung zu ermöglichen. Dieses Vorgehen blieb nicht ohne Kritik. Die Kammern büßten für die von den Amerikanern zu pauschal und „viel zu breit angelegte Entlassungspolitik“. Weitere Mängel hafteten den Spruchkammern in deutschen Augen an. Als Beispiel sei nur der Bruch mit der deutschen Rechtstradition genannt: Der Angeklagte musste vor der Kammer seine Unschuld beweisen, nicht die Kammer seine Schuld. Dazu kam, dass manche Spruchkammer ungeschickt agierte, zur Entlastung vorgelegte „Persilscheine“ nach Quantität, nicht Qualität wertete, Fehlurteile fällte und manchmal die Verfahren gar zu persönlichen Zwecken missbrauchte. Der Unmut wuchs. Wegen der zutage tretenden Mängel, und weil sich das Feindbild inzwischen verschoben hatte, drängte die Besatzungsmacht auf eine Beendigung der Entnazifizierung. Revisionsmaßnahmen setzten ein. Amnestien wurden erlassen und die Urteile zunehmend milder. Um einen effektiven wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen, ging man dazu über, Wirtschaftsfachleute wieder in ihre Positionen einzusetzen. Auch in anderen Bereichen, wie z.B. in der öffentlichen Verwaltung, wurden die alten Personalbesetzungen wiederhergestellt. Die „Volksgerichtsbarkeit“ wurde zunehmend als unzeitgemäß empfunden und Ende 1951 ganz eingestellt. Bis zum 30.09.1949, dem praktischen Abschluss der Entnazifizierung in Hessen, wurden von 3.227.453 Meldepflichtigen 418 Betroffene in Klasse/Kategorie I eingestuft (0,04%). Es kann deshalb nicht als Ausnahme angesehen werden, wenn in Fulda letztendlich nur zwei Hauptbetroffene ermittelt wurden.

Im Gegensatz zur Zielrichtung hatte die Entnazifizierung, so das Urteil vieler, „die Einsicht in eine moralische und politische Mitschuld am Nationalsozialismus und seinen Verbrechen eher verstellt als befördert“.

Hinweise zum Unterricht

Es empfiehlt sich eine Beschränkung auf die Behandlung der Aufgaben 1 bis 4, wenn keine Kenntnisse über die weltpolitische Entwicklung (Kalter Krieg) vorliegen, damit eine fundierte Stellungnahme zu den Aufgaben 5 bis 7 nicht auf Schwierigkeiten stößt.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

Ergriffene Maßnahmen:

- Umbenennung von Straßen und Plätzen
- Verhaftung und Entlassung von NSDAP-Mitgliedern
- Politische Überprüfung aller erwachsenen Deutschen mit einem Fragebogen
- Einrichtung von Spruchkammern (Laiengerichte), die empfindliche Strafen verhängen konnten

A 5

Als Gründe wurden genannt:

- Die unteren Partei- und SA-Führer wurden strenger bestraft als ihre ehemaligen Vorgesetzten, da sie zuerst vor den Spruchkammern standen. Später, als gegen die höheren NSDAP-Funktionäre verhandelt wurde, fielen die Strafen milder aus (da ein Umdenken eingesetzt hatte).

A 6

Die günstigeren Bedingungen für die später vor die Kammer Gestellten entstanden, da wegen des Ausbruchs des Kalten Krieges die amerikanische Besatzungspolitik nun auf eine schnelle wirtschaftliche Gesundung Westdeutschlands zielte, um dem Vordringen des Kommunismus auch auf diese Weise Halt zu gebieten. Um den Erfolg dieser Politik sicherzustellen, benötigte man erfahrene Verwaltungs- und Wirtschaftsfachleute. Evtl. Belastungen aus der NS-Zeit spielten fortschreitend eine immer geringere Rolle.

A 7

Viele Menschen in einer Diktatur, die manchmal auch zu Tätern wurden, handelten auf Befehl und im Glauben, durch die Staatspraxis gedeckt zu sein. Oft waren sie nicht fähig, den Unrechtscharakter ihrer Handlungen zu erkennen. Die Verankerung eines den jeweilig herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen übergeordneten Wertesystems ist deshalb unabdingbar.

Wiedergutmachung (Schülerarbeitsheft S. 43)

Sachinformationen zum Thema

Parallel zur Entnazifizierung bemühte man sich um Wiedergutmachung erlittenen Unrechts während der NS-Diktatur sowie um eine Entschädigung der überlebenden Opfer und deren Angehörigen. „Sofort nach Einmarsch der amerikanischen Truppen wurde bei der Stadtverwaltung eine Wiedergutmachungsstelle eingerichtet.“ Zum Leiter der Betreuungsstelle für die vom NS-Regime aus politischen, rassistischen und religiösen Gründen Verfolgten berief man Max Gerson, einen Fuldaer, der zwölf Jahre KZ-Lagerhaft durchlitten hatte. Neben dieser Einrichtung existierte noch ein KZ-Ausschuss sowie ab Februar 1947 die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) mit einer Betreuungsstelle im Stadtschloss. Einem Bericht Max Gersons vom 13. November 1946 lassen sich genaue Angaben über den in der Wiedergutmachungsstelle Fulda betreuten Personenkreis entnehmen. Die Gesamtzahl aller Verfolgten betrug demnach 778 Personen (508 Männer, 246 Frauen sowie 24 Kinder). Davon waren 502 Menschen aus rassistischen, 133 aus religiösen und 119 aus politischen Gründen verfolgt worden.

Die Wiedergutmachung bestand im Wesentlichen aus materiellen Soforthilfen - die Heilung von seelischen Wunden, welche die Verfolgung geschlagen hatte, konnte administrativ nicht in gleicher Art in Angriff genommen werden. So erhielten die Opfer des Unrechts „anfangs teilweise Sachleistungen aus beschlagnahmtem Nazi-Eigentum, später wurden ihnen Entschädigungen auf landesgesetzlicher Grundlage gezahlt“.

Im Haushaltsjahr 1945 brachte die Stadt den Betrag von 154.707,82 RM auf, um die Not der Verfolgten zu lindern.

Auch um immaterielle Wiedergutmachung bemühte sich Fulda. Die Stadtverordnetenversammlung fasste den Beschluss, den alten Synagogenplatz auszubauen. Dies fand zwar keine Verwirklichung, aber eine Gedenktafel wurde angebracht.

Hinweise zum Unterricht

Auch hier empfiehlt es sich besonders, bei der Behandlung der Aufgaben auf Vorkenntnisse einzugehen und die in den vorliegenden Materialien nur sehr allgemein angesprochenen Opfergruppen präzise zu benennen. Verknüpfungen zur Verfolgung aus rassistischen Gründen (regional: Vorgängerheft: Fulda im 2. Weltkrieg, S. 12-16) und dem System der Konzentrationslager bieten sich an.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

Erste Wiedergutmachungshilfen bestanden zeitbedingt in Sachhilfen. Später erfolgten auch geldliche Zuwendungen.

A 2

Folgende Verfolgten werden genannt:

Unerwünschte Religionsbekenntnisse und Rassen (M 1), ehemalige KZler und Insassen von Strafanstalten (M 2).

Als am stärksten betroffene Gruppe wird die jüdische Bevölkerung genannt.

A 3

Hier wird die immaterielle Wiedergutmachung angesprochen, die Information über das Unrecht und die an den Opfergruppen begangenen Verbrechen.

Demokratischer Neuanfang

(Schülerarbeitsheft S. 45)

Sachinformationen zum Thema

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 hatten Großbritannien, die UdSSR und die USA u.a. festgelegt, dem deutschen Volk sei es zu ermöglichen, sein politisches Leben „auf demokratischer Grundlage“ wieder aufzubauen. Vier Tage später konkretisierte General Eisenhower für die amerikanische Besatzungszone in einer an das deutsche Volk gerichteten Botschaft: „Es wird Euch (!) gestattet werden, örtliche Gewerkschaften zu bilden und Euch örtlich politisch zu betätigen. Versammlungen zu diesem Zweck dürfen mit Genehmigung der örtlichen Militärregierung abgehalten werden.“ Damit hatten die Amerikaner ihre Direktive JCS 1067 aufgehoben, die den Deutschen jegliche politische Betätigung untersagt hatte. Spontane örtliche Gründungen, wie die des „Deutschen Demokratischen Gewerkschaftsbundes“ am 24. Mai in Fulda hatte man lediglich geduldet, da auf die Mitarbeit der hier versammelten antinazistischen Kräfte nicht verzichtet werden sollte. Eisenhower hatte in seiner „Botschaft“ auch deutlich gemacht, dass das Wiederaufleben des institutionalisierten politischen Lebens zunächst nur auf unterster, also auf Gemeinde- und Kreisebene gestattet werde. Noch vor einer ersten Wahl riefen die Amerikaner in Fulda am 12.09.1945 einen Bürgerausschuss ins Leben, der „bei der Militärregierung die Wünsche und Nöte der Bevölkerung zu Gehör bringen sollte“. Der Ausschuss versank jedoch am 15. 11. 1945 bereits wieder in der Versenkung, und ein neues Beratungsgremium, ein 16-köpfiger Bürgerrat ersetzte ihn.

Am 24. 10. 1945 erfolgte die Gründungsversammlung der CDU - in der Dr. Cuno Raabe eine Führungsrolle übernommen hatte -, am 27. 10. wählte die Sozialdemokratische Partei ihren Vorstand, am 28. 10. hielt die KPD ihre erste öffentliche Versammlung ab. Als letzte und vierte Partei suchte die Liberal-demokratische Partei am 5. November bei der Militärregierung um Genehmigung nach. Die Gemeindewahlen am 20.01.1946 – sie waren nur für Gemeinden bis zu einer Größe von 20 000 Einwohnern angeordnet, ca. 7,5% der wahlberechtigten Bürger Hessens durften aus politischen Gründen nicht daran teilnehmen - wurden von der Besatzungsmacht als Probe auf den Mitwirkungswillen der deutschen Bevölkerung beim Demokratisierungsprozess verstanden und bei den Parteien als ein erster Test über ihren Rückhalt in der Bevölkerung angesehen. Die CDU erzielte im Fuldaer Land bei der hohen Wahlbeteiligung von 91,8% (hessenweite Wahlbeteiligung 84,9%) „über 80% der Stimmen, die SPD folgte mit 8,2%, KPD und LDP blieben weit unter 1%.“ Als zweiter Schritt - die Amerikaner fühlten sich durch den Wahlausgang in ihrem Vorhaben des Wiederaufbaus der Demokratie bestärkt - folgte die Kreistagswahl am 28. April 1946. „Auch aus dieser ging die CDU als klarer Sieger hervor. Sie errang 26 von 31 Mandaten, die übrigen gingen an die SPD.“ Die Union knüpfte damit an die Erfolge des Zentrums bis 1933 an. Durch ihre programmatische Ausrichtung auf christliche Grundwerte erreichte sie die Menschen der Region, in der eine christlich-katholische Prägung tief verankert war. Dadurch „waren die

Chancen der neu gegründeten Parteien von vornherein ungleich verteilt“. Am 26. Mai 1946 erfolgte in der kreisfreien Stadt Fulda die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung. Bei einer Beteiligung von 76,6% erzielte die CDU 63,8% der Stimmen, die SPD 22,2%, die KPD, 5,1 % und die LPD 8,9%. Wegen der 15%-Sperrklausel erhielt die CDU 24 Sitze, die SPD 8.

Auch die folgende Wahl zur Verfassungsberatenden Landesversammlung von Großhessen am 30. Juni 1946 zeigte das Übergewicht der CDU und die Schwäche von KPD und LDP. In einem Lagebericht an den amerikanischen Geheimdienst CIC schrieb der stellvertretende Landrat J. Kramer eine erste Beurteilung der demokratischen Entwicklung: „Der größte Teil der Bevölkerung des Fuldaer Landes hat sich durch die Beteiligung an der Wahl zu einer demokratischen Aufbauarbeit bekannt. Von Resten der Nazianhängerschaft zeugen nur die ungültigen Stimmen.“ Die Landtagswahl am 3. Dezember 1946, sie war mit einem Referendum über die Landesverfassung gekoppelt, brachte den eingeleiteten „Prozess der demokratischen Erneuerung in Hessen zu einem ersten vorläufigen Abschluss“. Vier Parteien, allerdings mit unterschiedlichem örtlichen Gewicht, hatten sich in Hessen sowie in der Region etabliert. Das Ergebnis der Landtagswahl zeigte auch ein Erstarben der zweiten bürgerlichen Partei, der LPD, der es mittlerweile gelungen war, ihre Organisation auszubauen und die als einzige konsequent gegen Sozialisierungsbestimmungen in der Verfassung gekämpft hatte. Bei der ersten Bundestagswahl am 14.08.1949 erhielten in Fulda die SPD 4.509, die CDU 10.608, die FDP 4.234 und die KPD 718 Stimmen. 2.490 Wahlberechtigte gaben Unabhängigen ihre Stimme. Der von der Besatzungsmacht angestoßene Demokratisierungsprozess hatte bei einer bundesweiten Wahlbeteiligung von fast 80% einen zumindest äußerlich erfolgreichen Abschluss gefunden.

Unterstützung erfahren hatte diese Entwicklung nicht zuletzt durch eine Politik, welche auf Zeitungen als zentralen Ort der Meinungsbildung setzte. Als am 31. Oktober 1945 die erste Fuldaer Volkszeitung erschien, ließ es sich der Chef der Militärregierung Charles J. Russe in einem Geleitwort nicht nehmen, darauf hinzuweisen, dass nach zwölf Jahren nun „der Bevölkerung des Stadt- und Landkreises Fulda wieder eine freie Presse gegeben“ werde, „die alle Arten von Nachrichten und Artikeln drucken“ dürfe und mitzuhelfen habe „bei der Erziehung zur Demokratie“. Damit war die Zielsetzung der amerikanischen Pressepolitik beschrieben: Sie sah die Zeitungen als einen entscheidenden Erziehungsfaktor für die Deutschen in die vorgegebene Richtung.

Eine besondere Zielgruppe der Reeducation, die durch Zeitungen weniger erreicht werden konnte, bildeten Kinder und Jugendliche. Sie versuchte man u.a. mit dem Jugendprogramm der amerikanischen Armee, dem GYA (German Youth Activities), z.T. auch mit den Amerika-Häusern zu erreichen. Am 5. Juni 1947 eröffnete das Heim der GYA in der Marienstraße. Vielfältige Angebote wie Sprachkurse, Ausstellungen sowie die Einrichtung von Lese-, Sport-, Bastel- und Spielgruppen sollten es bei der Jugend attraktiv machen.

Am 27. Juli 1948 nahm das Amerika-Haus in der Rabanusstraße seinen Betrieb auf. Es beherbergte einen großen Saal für Vorträge und Konzerte sowie eine Bibliothek mit ca.

10.000 Bänden, die das Kernstück bildete. Bei der deutschsprachigen Literatur standen Schweizer Autoren, Emigranten und übersetzte Amerikaner im Vordergrund. Die Vermittlung von Kenntnissen über die USA bildete eine wichtige Aufgabe. „Das Amerika-Haus entfaltete in der Folge eine rege Aktivität.“ Vorträge, Diskussionen und anspruchsvolle Filme wurden geboten, Englischkurse, Theateraufführungen sowie Radioübertragungen des AFN.

Hinweise zum Unterricht

Auch bei diesem Kapitel lassen sich Verbindungen zur Sozialkunde herstellen. Die hier gebotenen Informationen zur Parteiengeschichte können einen Beitrag zum besseren Verständnis der heutigen politischen Kräfte beitragen.

Zur Lösung der Aufgabe 9 kann auch M 9 des Kapitels „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ herangezogen werden.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

Die Frage zielt auf die Weimarer Republik (1918 bis 1933).

A 2

FDP – Freie Demokratische Partei Deutschlands

A 3

Vergesellschaftung heißt hier, bestimmte Wirtschaftsbereiche wie die Bergwerke sollen in den Besitz der gesamten Gesellschaft überführt, sprich verstaatlicht werden.

Nach dem Marxismus ist die Geschichte der Menschheit ein ständiger Kampf zwischen der herrschenden und der ausgebeuteten Klasse.

Der Begriff Klassenstaat wird hier in dem Sinne verwendet, dass keiner Klasse die alleinige politische Führung zukommen soll („Diktatur der Arbeiterklasse“).

A 5

Gemeinsam ist allen Parteien die Absicht, den Nationalsozialismus auszutilgen. Unterschiede ergeben sich vor allem auf religiösem und wirtschaftlichem Gebiet. Am weitesten auseinander liegen LPD und KPD auf wirtschaftlichem Gebiet (wirtschaftsfreundlich gegen wirtschaftsfeindlich), am nächsten beieinander liegen LPD und SPD auf religiösem Gebiet und bei den wirtschaftlichen Auffassungen LPD und CDU.

A6

CDU: Vergesellschaftungen sind heute nicht mehr aktuell.

SPD: Auch bei dieser Partei sind Besitzaufteilungen sowie Verstaatlichen nicht mehr programmgemäß. Alle anderen Programmteile könnten mit zeitgemäßen Abstrichen noch mit den heutigen Parteiprogrammen verknüpft werden, wobei sich die LPD insgesamt am programmtreuesten erweist.

A7

Das Übergewicht der CDU in der Stadt Fulda sowie in den Landkreisen Fulda und Hünfeld ist geblieben, in Hessen haben sich die Ergebnisse von CDU und SPD angenähert.

A8

M 4 bestätigt diese Vorgehensweise.

A9

Mit dem rechten Weg meint der Leiter der amerikanischen Militärregierung die Erziehung der deutschen Jugend zu einem freiheitlich-demokratischen Denken ohne Militarismus und Nationalismus. Dieser Umerziehungsaufgabe widmeten sich auch GYA und Amerikahaus. Durch geeignete (antinazistische) Literatur sowie durch Vermittlung der amerikanischen Lebensart (über die Sprache) und Landeskunde sollte dieses Ziel erreicht werden.

A10

Die Karikatur will darauf aufmerksam machen, dass die Demokratie in Deutschland nur verwurzelt werden konnte, wenn sich gleichzeitig die wirtschaftlichen Verhältnisse im Land besserten, Hunger und Kriegszerstörungen beseitigt werden konnten.

Wiederaufbau aus Trümmern

(Schülerarbeitsheft S. 49)

Sachinformationen zum Thema

Die Mühsal des Wiederaufbaus können heute kaum noch ermessen werden. Der Mangel an Material sowie an Arbeitskräften behinderte die Normalisierung der Lebensverhältnisse von allen Seiten. Dachziegel und „brauchbare Dachpappe“ standen nicht zur Verfügung. Glas war nicht vorhanden „und voraussichtlich in nächster Zeit nicht zu erhalten“ - und dies bei einem Bedarf von 200 000 m². Fahrzeuge waren ebenfalls Mangelware, das städtische Hochbauamt z.B. verfügte über keinen eigenen Lkw. An Arbeitskräften konnte der von den Amerikanern eingesetzte Stadtbaurat Mollenhauer für den Hochbau anfangs lediglich 83 Mann einsetzen, bis Ende Oktober 1945 wuchs die Zahl unter Einschluss des privaten Baugewerbes jedoch auf über 500. In dieser Situation mussten Prioritäten gesetzt und Notlösungen gefunden werden. Vordringlich schien, und dies war auch erklärter Wille der Besatzungsmacht, die Wiederherstellung des Kanalnetzes, nicht zuletzt deshalb, um die Seuchengefahr einzudämmen. Parallel zu den Kanalarbeiten erfolgten an den betreffenden Straßen die ersten Ausbesserungen an den Fahrdämmen. Besondere Aufmerksamkeit erforderten die fünf gesprengten Brücken. Bis Oktober 1945 konnten zwei wieder befahrbar gemacht werden.

Bei der Wiederherstellung zerstörter bzw. beschädigter Häuser konzentrierte man sich auf die Reparatur. Die Errichtung von Neubauten war nicht nur illusorisch, sondern auch von der Besatzungsmacht verboten. Vernünftigerweise begann man mit den leichtbeschädigten Gebäuden und konnte so innerhalb weniger Monate rund 1.600 Häuser wieder in einen bewohnbaren Zustand versetzen. Vorrang genossen unbestritten auch Krankenhäuser/Lazarette sowie Schulen. Meinungsverschiedenheiten gab es über die Vordringlichkeit von Bauarbeiten an den Kirchen. Mollenhauer wollte alle Kraft auf den Wohnungsbau konzentrieren, dem Provinzialkonservator und dem Staatlichen Hochbauamt (Regierungsbaumeister Schalkenbach) lagen aber zumindest die Sicherung von Dom und Michaelskirche am Herzen. Beendet wurde die Auseinandersetzung mit der Anerkennung der Priorität des Wohnungsbaus, Mittel zur Wiederherstellung der Kirchen durften jedoch abgezweigt werden, wobei die „Bauziele für die Instandsetzung des Domes auf das Allernotwendigste reduziert“ blieben. Auch in anderen öffentliche Bauten waren wertvolle Kulturgüter zu schützen. Mollenhauer beschaffte von der Firma Mehler Zeltplanen aus Segeltuch zur Dacheindeckung, „um das wertvolle Deckengemälde im Hauptsaal der Orangerie vor dem endgültigen Verfall zu schützen“. Umfangreiche Arbeiten fanden besonders am Südflügel des Vorderhofes im Stadtschloss statt, damit der frühere Stadtverordneten-Sitzungssaal das amerikanische Militärgericht aufnehmen konnte.

Voran ging der Aufbau auch bei den Industriebetrieben (vgl. den Themenblock Der Tag X) sowie auf dem Gelände der Reichsbahn, behindert jedoch wie überall durch Material- und Facharbeitermangel sowie Geldknappheit. Zwar blieb die Haupttransportbahn

Frankfurt/Main-Bebra vorerst dem durchgehenden Güterverkehr vorbehalten, aber schon Mitte Juni fuhr der Rhönzug wieder von Götzenhof nach Wüstensachsen und bis Ende Juli waren alle Eisenbahnstrecken bis auf eine wiederhergestellt. Im Frühjahr 1946 begannen die Bauarbeiten am Empfangsgebäude. Im Mai 1949 fand der erste Bauabschnitt (Nordflügel) seine Vollendung.

Die Reichspost versuchte ebenfalls, ihren Betrieb wieder in Gang zu bringen. Ein eingeschränkter Postverkehr existierte ab 27. Juli 1945 auf Kreisebene, am 8. August erfolgte die Erweiterung auf Kurhessen und ab September auf die gesamte US-Zone. Den Telefondienst konnte die Post im August auf Kreisebene wieder aufnehmen. Die erste dauerhaft wieder eingerichtete Buslinie bestand ab Herbst. Gegen Ende der Besatzungszeit gab es im Kreis Fulda fünfzehn Buslinien, wovon sechs von der Reichspost und neun von Privatunternehmen betrieben wurden.

Auch in den folgenden Jahren schritt das Aufbauwerk voran. Die vom Krieg gerissenen Lücken in den Straßenfronten schlossen sich, die Kirchen und öffentliche Gebäude fanden zu ihrem alten Aussehen zurück. Die Beschädigungen an der Michaelskirche waren bis Ende 1947 beseitigt, der erste Bauabschnitt am Dom fand im August 1948 seine Beendigung und die ebenfalls zerstörte evangelische Christuskirche konnte am 24. September 1949 wiederingeweiht werden. Im gleichen Jahr erhielten Orangerie, Stadtsaal und Stadtschloss ihre Schieferdächer zurück.

Bei der zentralen Aufgabe des Wiederaufbaus, der Wiederherstellung und Schaffung von Wohnraum, konnten ebenfalls Erfolge verzeichnet werden. 1949 kam es sogar zu ersten größeren Neubauprojekten. Fulda wurde „führend im Wohnungsbau in ganz Hessen“. Bis zum 31. März 1950 waren insgesamt 5.323 Wohnräume wieder aufgebaut (73% des zerstörten Wohnraumes). Der Bestand an verfügbaren Wohnräumen betrug nun 23.593 nach 25.855 am 1. Januar 1943 und 17.390 am 1. April 1945. Wenn wir allerdings berücksichtigen, dass die Bevölkerung seit 1943 um ca. 10.000 Personen auf 43.817 (01.04.1950) gestiegen war, wird uns die Relativität dieser Zahl bewusst. Zu Beginn des Jahres 1949 verzeichnete Fulda zusammen mit Kassel die höchste Wohndichte in ganz Hessen. Dies schmälerte die vollbrachte Leistung jedoch nicht im geringsten. Sie war mit „großer Energie durch das Zusammenwirken von Stadtverwaltung und Bürgerschaft“ vollbracht worden, und dies unter widrigsten Umständen.

Auch der Wirtschaft gelang es, sich wieder zu erholen. Da man in den unmittelbaren Nachkriegsjahren bei der Beschaffung von Baustoffen und Geräten für den Wiederaufbau oft auf Tauschhandel unter z.T. abenteuerlichen Bedingungen angewiesen war, kam man anfangs nur bescheiden voran. Die Industrieproduktion in der US-Zone stieg bis zum zweiten Halbjahr 1947 auf 50% des Standes von 1936. Auch im Arbeitsamtsbezirk Fulda lag der Produktionswert des industriellen Bereichs im ersten Halbjahr 1947 in etwa in dieser Höhe. Einen grundlegenden Wandel sowie ein schnell steigendes Produktionsniveau brachte die Währungsreform 1948 und die schrittweise Aufgabe der staatlichen Wirtschaftslenkung.

Hinweise zum Unterricht

Die Stellungnahme zum Streitgespräch in Aufgabe 1 kann auch mit einigen einführenden Worten eingeleitet werden, z.B.: An der Absicht, kirchliche Bauten sofort instandzusetzen, gab es Kritik.

Auch bei diesem Themenblock lassen sich die Arbeitsaufträge erweitern. Bei M 2 könnte im Vergleich mit M 1 die Länge des Aufbauprozesses bei einzelnen Bauwerken ermittelt werden, „Forschungsaufträge“ zur damaligen Gasversorgung ließen sich verteilen usw. Bei M 3 wäre es sinnvoll, auf die spezifischen Wiederaufbau-Bedingungen auf dem Land einzugehen (Besitz von Fuhrwerken, Wald).

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

Die Antwort von Regierungsbaumeister Schalkenbach könnte lauten: Dom und Michaelskirche sind einzigartige Kulturdenkmäler. Sie machen die Weltgeltung Fuldas aus.

.

A 2

Der herrschende Facharbeiter- und Materialmangel zwangen zu geringem Bauaufwand. Um möglichst schnell viele Menschen unterzubringen, reparierte man zuerst die leicht beschädigten Häuser/Wohnungen.

A 3

Zuerst wurde auf den Straßen und Plätzen der Schutt weggeräumt, dann begann man mit der Reparatur des Kanalnetzes sowie der Straßenausbesserung und Brückenwiederherstellung. Bei der Gebäudereparatur konzentrierte man sich anfangs auf Krankenhäuser/Lazarette, Schulen und auf leichtbeschädigte Wohngebäude.

An öffentlichen Gebäuden beschränkte man sich zu Beginn oft auf das Abdichten/Ausbessern der Dächer, um weitere Schäden zu vermeiden. Wegen Mangels an Dachziegeln wurde dazu u.a. auch Segeltuch genutzt (Orangerie).

A 4

M 4: Die Industrie musste sich sofort von der Kriegs- auf die Friedensproduktion umstellen und erhielt schon bald erste Exportaufträge. Dies war nur möglich durch den Fleiß der gut ausgebildeten Belegschaften, die Reparatur, den Wiederaufbau, die Neuanschaffung von zerstörten Produktionsstätten und –mitteln.

M 5: Starke Pendlerbewegungen sind heute mindestens im gleichen Maße wie damals zu beobachten. Nur die Verkehrsmittel haben sich geändert, der private Pkw steht heute im Vordergrund.

A5

Die schon lange geplante Aufnahme des Omnibusverkehrs konnte 1949 verwirklicht werden, da die wirtschaftlichen Verhältnisse sich nach der Währungsreform gebessert hatten. Für Fulda trat hinzu, dass die Stadt(region) über wesentlich mehr Einwohner verfügte als vor dem Krieg.

Beim Vergleich sollten die Knotenpunkte (heute Stadtschloss sowie ZOB) angesprochen werden, die Zahl der Linien (heute 8) sowie der zur Verfügung stehenden Busse. Auf die unterschiedlichen Fahrpreise wird auf der Methodenseite (S. 60) noch eingegangen

Der Tag X –

Die Währungsreform und der Beginn der freien Wirtschaft

(Schülerarbeitsheft S. 55)

Sachinformationen zum Thema

Zu einem Schlüsselereignis der Nachkriegszeit wurde die Währungsreform. Nach Vorankündigungen „des Tages X“ und Ankunft des neuen Geldes am 16. Juni 1948 in Fulda, wurde endlich am 18. Juni über den Rundfunk der genaue Termin der „Neuordnung des deutschen Geldwesens“ bekannt gegeben: Am Sonntag, dem 20. Juni sollten Reichsmark, Rentenmark und alliierte Militärmark durch eine neue Währung, die Deutsche Mark ersetzt werden. Jeder Einwohner erhalte für 60 Reichsmark einen Kopfbetrag von 60 Deutschen Mark, von denen 40 Deutsche Mark sofort ausgezahlt würden.

Die Ankündigung hatte Folgen. Am Samstag, dem 19. Juni füllten sich die Straßen der Stadt mit Menschen, die ihr Altgeld loswerden wollten. Vor den Lebensmittelgeschäften bildeten sich lange Schlangen. Hier erfolgte zum letzten Mal die Abgabe der rationierten Güter gegen Reichsmark. Mancher Geschäftsmann versuchte, seine Waren in die neue Währung hinüberzuretten. So gab eine Mühle Mehl erst auf Druck der Polizei heraus.

Der Umtausch am Sonntag ging schnell und reibungslos vor sich. Er fand an den vertrauten Ausgabeorten der Lebensmittelkarten statt. Parallel mit der geldlichen Neuordnung erfolgte die Freigabe von verschiedenen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern aus der Bewirtschaftung. Alle Erzeugnisse des Maschinen- und Fahrzeugbaues, der Elektrotechnik, der Feinmechanik und Optik sowie alle Eisen-, Stahl- und Metallwaren unterlagen „ab sofort keinerlei Beschränkung mehr“. Die bislang leeren Schaufenster und Regale der Läden füllten sich. Die Abteilung für bewirtschaftete Waren beim Wirtschaftsamt Fulda konnte sofort aufgelöst werden. Auflösungserscheinungen waren auch bei weiten Teilen der Schwarzen Märkte zu beobachten. Karten und Bezugsscheine für Lebensmittel und einige Bedarfsgüter existierten zwar noch einige Zeit weiter. Ihr Abbau verlief jedoch zügig und im April 1950 endete die staatlich Bewirtschaftung von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern ganz. Auch die Lage auf dem Energiesektor normalisierte sich: „Erstmalig im Winter 1949/50“ konnte wieder Strom „ohne Einschränkung“ geliefert werden, und auch der Gasabsatz ließ sich 1949 gegenüber 1948 um 20% steigern.

Doch den segensreichen Auswirkungen der Währungsreform standen anfänglich auch Nachteile gegenüber. Die Preise stiegen, es kam zu einem regelrechten Inflationsschub. Radiogeräte z.B. verteuerten sich um 100%. Auf dem Heinrich-von-Bibra-Platz in Fulda fand eine stark besuchte „Kundgebung gegen Preiswucher“ statt, die vom Freien Gewerkschaftsbund (FGB) organisiert worden war. Die Städtische Sparkasse klagte, dass viele kleine Sparkonten durch Anrechnung der Kopfgeldbeträge voll verbraucht wurden und erloschen. Wegen Kapitalmangel verminderte sich auch der Wohnungsbau, obwohl „jetzt Baustoffe in genügender Menge zur Verfügung“ standen. Die der Währungsreform

folgenden Monate gerieten zu einer Zeit der wirtschaftlichen Stagnation.

Das steigende Warenangebot, die wachsende Konkurrenz sowie die geringe Kaufkraft der Verbraucher zwangen bald die Herstellerbetriebe sowie den Groß- und Einzelhandel „zu schärfster Preiskalkulation“, was besonders durch Rationalisierung erreicht werden sollte. Die Folgen waren nicht nur fallende Preise, sondern auch eine steigende Arbeitslosigkeit, die sich „zwangsläufig“ auf Fulda ausgewirkte. 1950 zählten die Arbeitsämter in der Bundesrepublik Deutschland über zwei Millionen Erwerbslose, das waren 12,2 Prozent der Beschäftigten. Erst der Koreakrieg und die nicht zuletzt dadurch geförderte sich immer stärker entwickelnde Dynamik der Marktwirtschaft sorgten bald für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die Vorbehalte, die große Teile der Bevölkerung und der Öffentlichkeit (bis hinein in die großen Volksparteien) gegen die Marktwirtschaft zeigten, wichen langsam.

Hinweise zum Unterricht

Für an wirtschaftlichen Fragen weniger interessierte Schüler genügt es, M 1 bis M 4 zu behandeln. Die Aufgaben sollten dann auf A 1 (erster Teil) sowie A2 reduziert werden.

Da dieses Thema genau wie „Mangel an allem“ (Themenkomplex Überleben nach dem Zusammenbruch) von wirtschaftlichen Aspekten beherrscht wird, empfiehlt sich hier eine Verbindung. Ein Vergleich (auf einfachem Niveau) zwischen der Zwangsbewirtschaftung mit seinem Bewirtschaftungs- und Rationierungssystem sowie der freien Marktwirtschaft könnte sich anschließen.

Bei Aufgabe 5 werden die Schüler wahrscheinlich die positiven und negativen Äußerungen der aufgeführten Personen sammeln. Im Gespräch sollte deshalb darauf hingewiesen werden, dass der ungehinderte Zugriff auf Nahrungsmittel nicht der Währungsreform anzulasten ist. Dieser Mangel beruht auf dem noch unvollständigen Übergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft. Die Äußerungen der befragten Personen verdeutlichen auch, dass Währungsreform und Wechsel des Wirtschaftsystems damals (wie heute) im breiten Bewusstsein aufs engste so verknüpft waren, dass klare Trennungen meist nicht vorgenommen wurden.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

Hier lässt sich der Text zur Abbildung M 2 verwenden. Herausgestellt werden sollte, dass jeder nur noch über wenig Geld verfügte. In diesem Zusammenhang ist eine Verbindung mit der Aufgabe 4 sinnvoll.

Den vorliegenden Materialien (besonders M 3 und M 6) kann der Schüler zur „freien Wirtschaft“ entnehmen, dass verschiedenen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern mit der Währungsreform keinerlei Beschränkungen mehr unterlagen und bis Anfang 1950 keine Karten oder Berechtigungsscheine mehr ausgegeben wurden. Der Staat gab seine

Lenkungs- und Verteilungsaufgaben an den Markt ab. Das Schlangestehen am Wirtschaftsamt für Warenbezugscheine war Vergangenheit (Siehe M 2 - Thema: Mangel an allem).

A 2

Die Anzeigen verdeutlichen, dass viele bislang entbehrte Güter nun wieder ohne Bezugsscheine oder Marken frei erhältlich waren.

A 3

Der freie Erwerb galt auch für den VW-Käfer (Abb. umseitig). Er sollte bald zum am häufigst gefahrenen Auto in der Bundesrepublik und zum Zeichen für die einsetzende Motorisierung werden. Da er auch millionenfach in den Export ging, zeigte er gleichzeitig die neue wirtschaftliche Stärke des Landes, die nach den schweren Kriegszerstörungen von vielen wie ein Wunder bestaunt wurde.

A 4

Der erste Satz des 45-jährigen Angestellten beschreibt in kürzester Form den Sinn der Währungsreform.

A 5

Die Tabelle könnte folgendes Aussehen bekommen:

Währungsreform

positive Auswirkungen	negative Auswirkungen
Beseitigung des Geldüberhangs (Angest. 45 J.)	Zaungäste am vollen Tisch des Warenangebotes (Angest. 45 J. und Arbeitsl.)
Geld und Warenangebot stehen in einem gesunden Verhältnis (Angest. 45 J.)	Nahrungsmittel/ Wurstwaren fehlen noch, können noch nicht beliebig gekauft werden (Angest. 45 J., Putzfrau)
Für Geld kann man jetzt etwas kaufen und größere Anschaffungen machen (Lehrer, Arbeiter und Putzfrau)	Neue Währung hat jeden Notgroschen genommen (Witwe)
Warenangebot, das es vor der Reform nicht gab (Arbeitsloser)	Allgemeine Teuerung, selbst Notwendigstes kann nicht mehr gekauft werden (Witwe, Rentner)
Besseres Leben nach Reform (Angest. 35)	Verlust aller Ersparnisse (Rentner)
	Arbeitslosigkeit nach der Reform (Arbeitsl.)
	Vieles kostet mehr als vorher (Angest. 35 J.)

A 6

Die Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel wurde aufgehoben. Durch ein steigendes Warenangebot sowie wachsende Konkurrenz einerseits sowie geringe Kaufkraft andererseits kam es zu einem Preisrückgang.

Methodenseite – Berechnung des Arbeitszeitaufwandes

(Schülerarbeitsheft S. 60)

Sachinformationen zum Thema

Vielen Schülern ist nicht klar, dass reine Preisangaben aus vergangenen Zeiten wenig Aussagekraft besitzen. Sie vergleichen den Geldwert, d.h. die Kaufkraft des Geldes, mit dem augenblicklichen, ihnen bekannten Preisniveau. Preise sollten aber immer auch im Bezug zu den entsprechenden Löhnen/Einkommen gesehen werden, da ansonsten wirkliche Aussagen über die Lebensverhältnisse wie hier vor 6 Jahrzehnten nicht getroffen werden können. In der Berechnung des Arbeitszeitaufwandes damals und heute kann ein Maßstab entwickelt werden, der die Preise damals und heute vergleichbar macht und u.U. auch Aussagen über die Entwicklung des Lebensstandards ermöglicht.

Hinweise zum Unterricht

Die Methode der Berechnung des Arbeitszeitaufwandes kann und sollte auch in anderen geschichtlichen Zusammenhängen angewandt werden.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

Arbeitsauftrag im Text:

2007 konnte sich ein Facharbeiter 8,7 Stadtbushfahrten leisten. Die Busfahrt 1949 war demnach für den Arbeiter mehr als doppelt so teuer wie heute.

A 1

13€ - 60 Min.

5,40€ - ?

$\frac{5,40 \text{ mal } 60 \dots}{13} = 24,92.$

13

1949 musste ein Facharbeiter für ein Vierfundbrot eine Stunde arbeiten, 2007 nur 25 Minuten.

A 2

Für das billigste VW-Modell hätte eine Facharbeiter 1948 6.250 Stunden arbeiten müssen (bei einem angesetzten Stundenlohn von 0,40€ sowie einem Käferpreis von 2.500€).

Für den VW-Fox musste der Facharbeiter 2008 729 Stunden (exakt 43.730,769 Minuten) arbeiten.

Bei einer sinnvollen Umrechnung der Stundenangaben in Arbeitswochen sind die

unterschiedlichen Wochenarbeitszeiten (1948 gewöhnlich 48 Stunden) zu beachten. Bei dem Vergleich der Arbeitszeitaufwandes für den Autokauf bleibt die unterschiedliche technische Ausstattung der Modelle von 1948 und 2008 unberücksichtigt.

A4

Hier kann nicht nur auf den reinen Kaufkraftvergleich eingegangen werden, sondern es ließen sich im Zusammenhang z.B. mit der Feststellung, dass sich 1948 ein Facharbeiter kein Auto leisten konnte, auch Betrachtungen zu den daraus sich ergebenden Folgen anstellen.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein – Freizeit

(Schülerarbeitsheft S. 61)

Sachinformationen zum Thema

Nach der militärischen, politischen und moralischen Katastrophe suchten viele Menschen nach einem neuen geistigen Halt. Kultur wurde Überlebenshilfe und gleichzeitig „Medium der Umerziehung“. Sie bot nicht nur Ablenkung vom Alltag, sondern auch „Orientierung in einer Zeit des radikalen Wertewandels“, der von der Besatzungsmacht mit Anweisungen, strengen Kontrollen, aber auch mit aktiver Kulturpolitik unterstützt und vorangetrieben wurde.

Mit der Eröffnung der Europa-Lichtspiele am 31. August 1945 wurden Kinobesuche wieder möglich. Die Aufführung von so genannten KZ-Filmen blieb eine Randerscheinung. Unterhaltung und Amüsement waren auf diesem Feld der Massenkultur erwünscht, denen die Hollywood-Produktionen sowie unpolitische deutsche Streifen aus den 30er Jahren entgegenkamen. Der Kinosaal fand gleichzeitig Verwendung für andere öffentliche Veranstaltungen wie Vorträge und Versammlungen.

Am 20. Mai 1946 begann die Fuldaer Volkshochschule ihr erstes Trimester. Vorträge und Kurse wurden in den Räumen des Realgymnasiums angeboten, wobei der Englischunterricht besonderen Zulauf fand.

Die „Pflege der Musik, des Theaters usw. ließ sich ein Kulturausschuss angelegen sein“. Seit Juli 1946 wurden sogar „wieder Promenadenkonzerte im Schlossgarten veranstaltet“. 1947 fanden fünf Theateraufführungen statt, die von fast 4.000 Personen besucht wurden. Im folgenden Jahr besserten sich die Bühnenverhältnisse durch die Instandsetzung der Säle in der Orangerie sowie die Erlaubnis zur Mitbenutzung des Amerika-Hauses.

Unter aufmerksamer Beobachtung der Militärregierung erwachte auch das Vereinsleben wieder. Der Rhönclub lebte neu auf, und die im Heimatbund zusammengefassten Einzelvereine machten sich nach der „Selbstauflösung“ des Bundes am 18. April 1946 wieder selbstständig.

1947 gelang es nach umfangreichen Restaurierungen, das Vonderau Museum im Schloss der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen, was aber keine allgemeine Eröffnung bedeutete. Im Dezember konnte hier eine Ausstellung des Fuldaer Künstlerbundes durchgeführt werden, die 1.000 Besucher fand.

Neben der Kultur bildeten auch weitere Angebote zur Freizeitgestaltung Zerstreuung, Ablenkung und Vergnügen. Als eine bemerkenswerte Erscheinung der ersten Nachkriegszeit muss die „Tanzwut“ angesehen werden, die inmitten von Not und Elend ausbrach. Selbst Landrat Stieler sah sich genötigt, öffentlich die Frage zu stellen „Wann ist Tanzen angebracht?“ Die noch einmal „Davongekommenen“ freuten sich ihres Lebens.

Eine zentrale Rolle in der arbeitsfreien Zeit spielte für viele der Sport. Am Sonntag, dem 28. Oktober 1945 konnte die erste größere Sportveranstaltung vor 2.000 Zuschauern durchgeführt werden, in welcher die Leichtathletik im Vordergrund stand. Auch Fußball durfte wieder gespielt werden. Borussia Fulda kämpfte in der Landesliga um eine gute

Platzierung, die SG Horas und Germania Fulda wollten dies in der Kurhessenliga erreichen. Eine Attraktion waren in jenen Jahren Motorradrennen. Im Juni 1947 zog der Rundkurs um Schotten Hunderttausende an. Fulda sollte bald in dieser Sparte bedeutende Köpfe hervorbringen. Spitzensportler mit internationaler Bedeutung war damals schon der Hammerwerfer Karl Storch. Die Teilnahme an der Olympiade 1948 blieb ihm leider – wie allen Deutschen – verwehrt. Im Winter fanden erste Skirennen statt, die bekanntesten wurden am Reesberg durchgeführt.

Zerstreuung lieferten auch Rummelplätze, die in ihrer Einfachheit heute anrührend wirken. Im Juli 1946 bereiteten an der Langenbrücke Karussell, Schiffsschaukel, Verlosung und Würfelbuden Abwechslung im bedrückenden Alltag, an den das Fehlen von Verkaufständen für Bratwürste, Rollmöpfe und Waffeln erinnerte. Auch ein erster Zirkus schlug in der Stadt sein Zelt auf. Zeitgemäß fehlten noch „fremdländische Tiere“, sie sollten „akrobatische Sensationen“ ersetzen.

Nach der Währungsreform normalisierten sich die Verhältnisse auch auf dem Freizeitsektor und im gesamten gesellschaftlichen Leben. Zeichen dafür waren Modeschauen vor der Orangerie und die Thronbesteigung des Faschingsprinzen (1949: Damian VIII.) sowie der Ball der Stadt Fulda. „Nach der zaghaften Wiedergeburt der Foaset“ im Jahre 1948 wurde „das große Heimatfest erstmals wieder in alter... Tradition gefeiert“. Betrachten wir dies als Beispiele dafür, dass Fulda die schwere Kriegszeit mit ihren unmittelbaren Folgen zu überwinden begann.

Hinweise zum Unterricht

Altersangemessen stehen bei den Materialien Angebote für die Freizeit aus dem Sport- und Unterhaltungssektor, also aus dem Bereich der Massenkultur im Vordergrund. Durch entsprechende Schwerpunktsetzungen lassen sich jedoch Verschiebungen vornehmen.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

Aus den Materialien lassen sich entnehmen:

Tanzveranstaltungen, Volksfeste, Vorträge (M 1), Zirkusdarbietungen (M 2), Konzerte (M 3), Fußballspiele (M 4), Motorradrennen (M 5), Schlittschuh- und Schilaufen (M 6), Radiosendungen (M 7), Kinovorführungen (M 8), Veranstaltungen im Amerikahaus (9).

Als weitere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung kann von den Schülern ermittelt werden: Aktives Sporttreiben (siehe hierzu M 7, S. 47), Lesen (siehe hierzu auch M 5, S. 47), Betätigung in den Kirchengemeinden usw.

A 3

Die exotischen Tiere waren durch die Kriegswirren meist verloren gegangen und konnten damals nicht aus dem Ausland wiederbeschafft werden.

A 4

Der Landrat könnte auf die allgemeine existenzielle Not weiter Bevölkerungskreise, auf Vertreibungstransporte sowie auf Millionen deutscher Kriegsgefangener im Ausland hingewiesen haben.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein – Freizeit (Schülerarbeitsheft S. 61)

Sachinformationen zum Thema

Nach der militärischen, politischen und moralischen Katastrophe suchten viele Menschen nach einem neuen geistigen Halt. Kultur wurde Überlebenshilfe und gleichzeitig „Medium der Umerziehung“. Sie bot nicht nur Ablenkung vom Alltag, sondern auch „Orientierung in einer Zeit des radikalen Wertewandels“, der von der Besatzungsmacht mit Anweisungen, strengen Kontrollen, aber auch mit aktiver Kulturpolitik unterstützt und vorangetrieben wurde.

Mit der Eröffnung der Europa-Lichtspiele am 31. August 1945 wurden Kinobesuche wieder möglich. Die Aufführung von so genannten KZ-Filmen blieb eine Randerscheinung. Unterhaltung und Amüsement waren auf diesem Feld der Massenkultur erwünscht, denen die Hollywood-Produktionen sowie unpolitische deutsche Streifen aus den 30er Jahren entgegenkamen. Der Kinosaal fand gleichzeitig Verwendung für andere öffentliche Veranstaltungen wie Vorträge und Versammlungen.

Am 20. Mai 1946 begann die Fuldaer Volkshochschule ihr erstes Trimester. Vorträge und Kurse wurden in den Räumen des Realgymnasiums angeboten, wobei der Englischunterricht besonderen Zulauf fand.

Die „Pflege der Musik, des Theaters usw. ließ sich ein Kulturausschuss angelegen sein“. Seit Juli 1946 wurden sogar „wieder Promenadenkonzerte im Schlossgarten veranstaltet“. 1947 fanden fünf Theateraufführungen statt, die von fast 4.000 Personen besucht wurden. Im folgenden Jahr besserten sich die Bühnenverhältnisse durch die Instandsetzung der Säle in der Orangerie sowie die Erlaubnis zur Mitbenutzung des Amerika-Hauses.

Unter aufmerksamer Beobachtung der Militärregierung erwachte auch das Vereinsleben wieder. Der Rhönclub lebte neu auf, und die im Heimatbund zusammengefassten Einzelvereine machten sich nach der „Selbstauflösung“ des Bundes am 18. April 1946 wieder selbstständig.

1947 gelang es nach umfangreichen Restaurierungen, das Vonderau Museum im Schloss der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen, was aber keine allgemeine Eröffnung bedeutete. Im Dezember konnte hier eine Ausstellung des Fuldaer Künstlerbundes durchgeführt werden, die 1.000 Besucher fand.

Neben der Kultur bildeten auch weitere Angebote zur Freizeitgestaltung Zerstreuung, Ablenkung und Vergnügen. Als eine bemerkenswerte Erscheinung der ersten Nachkriegszeit muss die „Tanzwut“ angesehen werden, die inmitten von Not und Elend ausbrach. Selbst Landrat Stieler sah sich genötigt, öffentlich die Frage zu stellen „Wann ist Tanzen angebracht?“ Die noch einmal „Davongekommenen“ freuten sich ihres Lebens.

Eine zentrale Rolle in der arbeitsfreien Zeit spielte für viele der Sport. Am Sonntag, dem 28. Oktober 1945 konnte die erste größere Sportveranstaltung vor 2.000 Zuschauern durchgeführt werden, in welcher die Leichtathletik im Vordergrund stand. Auch Fußball durfte wieder gespielt werden. Borussia Fulda kämpfte in der Landesliga um eine gute Platzierung,

die SG Horas und Germania Fulda wollten dies in der Kurhessenliga erreichen.

Eine Attraktion waren in jenen Jahren Motorradrennen. Im Juni 1947 zog der Rundkurs um Schotten Hunderttausende an. Fulda sollte bald in dieser Sparte bedeutende Köpfe hervorbringen. Spitzensportler mit internationaler Bedeutung war damals schon der Hammerwerfer Karl Storch. Die Teilnahme an der Olympiade 1948 blieb ihm leider – wie allen Deutschen – verwehrt. Im Winter fanden erste Skirennen statt, die bekanntesten wurden am Reesberg durchgeführt.

Zerstreuung lieferten auch Rummelplätze, die in ihrer Einfachheit heute anrührend wirken. Im Juli 1946 bereiteten an der Langenbrücke Karussell, Schiffsschaukel, Verlosung und Würfelbuden Abwechslung im bedrückenden Alltag, an den das Fehlen von Verkaufständen für Bratwürste, Rollmöpfe und Waffeln erinnerte. Auch ein erster Zirkus schlug in der Stadt sein Zelt auf. Zeitgemäß fehlten noch „fremdländische Tiere“, sie sollten „akrobatische Sensationen“ ersetzen.

Nach der Währungsreform normalisierten sich die Verhältnisse auch auf dem Freizeitsektor und im gesamten gesellschaftlichen Leben. Zeichen dafür waren Modeschauen vor der Orangerie und die Thronbesteigung des Faschingsprinzen (1949: Damian VIII.) sowie der Ball der Stadt Fulda. „Nach der zaghaften Wiedergeburt der Foaset“ im Jahre 1948 wurde „das große Heimatfest erstmals wieder in alter... Tradition gefeiert“. Betrachten wir dies als Beispiele dafür, dass Fulda die schwere Kriegszeit mit ihren unmittelbaren Folgen zu überwinden begann.

Hinweise zum Unterricht

Altersangemessen stehen bei den Materialien Angebote für die Freizeit aus dem Sport- und Unterhaltungssektor, also aus dem Bereich der Massenkultur im Vordergrund. Durch entsprechende Schwerpunktsetzungen lassen sich jedoch Verschiebungen vornehmen.

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen

A 1

Aus den Materialien lassen sich entnehmen:

Tanzveranstaltungen, Volksfeste, Vorträge (M 1), Zirkusdarbietungen (M 2), Konzerte (M 3), Fußballspiele (M 4), Motorradrennen (M 5), Schlittschuh- und Schilaufen (M 6), Radiosendungen (M 7), Kinovorführungen (M 8), Veranstaltungen im Amerikahaus (9).

Als weitere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung kann von den Schülern ermittelt werden:

Aktives Sporttreiben (siehe hierzu M 7, S. 47), Lesen (siehe hierzu auch M 5, S. 47, Betätigung in den Kirchengemeinden usw.

A3

Die exotischen Tiere waren durch die Kriegswirren meist verloren gegangen und konnten damals nicht aus dem Ausland wiederbeschafft werden.

A4

Der Landrat könnte auf die allgemeine existenzielle Not weiter Bevölkerungskreise, auf Vertreibungstransporte sowie auf Millionen deutscher Kriegsgefangener im Ausland hingewiesen haben.

Für helle Köpfe – Prüfe Dich selbst (Schülerarbeitsheft S. 65)

Hinweise zu den Arbeitsaufträgen – Lösungen/Lösungsvorschläge

A 1

So stand es in der Zeitung:

Die ersten Zwölfhundert: Seite 12; Verschleppte, Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte

83 Prozent Wahlbeteiligung: S. 46; Demokratischer Neuanfang

Die Kriegsschäden im Kreis: S. 5; Die Stunde Null

Endlich wieder Gas! S. 50; Wiederaufbau aus Trümmern

Erdal wieder da! S. 56; Der Tag X – Die Währungsreform und der Beginn der freien Wirtschaft

Amerikanische Liebesgaben werden verteilt: S. 37; Die Besatzungsmacht

„Laßt unsere Mitmenschen nicht verhungern!“ S. 24; Überleben nach dem Zusammenbruch

Ein Zusammenhang zwischen den Schlagzeilen und den Themenblöcken könnte z.B. in Kurzform folgendermaßen hergestellt werden:

Am Samstag, dem 23. Februar 1946 lief in Fulda der erste Vertriebenenzug mit zwölfhundert Ausgewiesenen aus der CSR ein, dessen Menschenfracht hier ausgeladen und verteilt wurde. Dem ersten Transport sollten noch weitere folgen.

A 2

In die leeren Felder könnte sinngemäß eingetragen werden:

Fehlende Väter, Mangel an Nahrung, Wohnraum, Kleidung, Heiz- und Schreibmaterial, Büchern... (siehe S. 30, M 1), an Waren des täglichen Bedarfs, an öffentlichen Verkehrsmitteln; an Lehrern (siehe S. 39, M 2) u.a.m.

A 3

Suchsel/Buchstabengitter mit fettgedruckten Lösungswörtern ausdrucken lassen (Lösungswörter: Hunger, Mangel, Vermisste, Neuanfang, Vertriebene, Care, Fragebogen, DM, Schwarzmarkt, Zerstörung)

A 4

DP: Displaced Persons (Alliierte Bezeichnung für Personen, die zur Arbeitsleistung nach Deutschland verpflichtet worden waren), S. 10/11.

LDP: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 45 f.

GYA: German Youth Activities

NSDAP: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, S. 36, S. 39-42.

UNRRA: Soziale Hilfsorganisation der Vereinten Nationen (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) – S. 10.

SPD: Sozial-demokratische Partei Deutschlands, S. 45 f.

CDU: Christlich-Demokratische Union, S. 45 f.

SBZ: Sowjetische Besatzungszone, S. 20/21

KPD: Kommunistische Partei Deutschlands, S. 45 f.

DM: Deutsche Mark, S. 55-60.

A 5

- A Amerikahaus, Amizigarette, Amputierte, Ausgehzeit...
B Besatzungsmacht, Beschlagnahmung, Bezugsschein
C Carepaket
D Demokratisierung, DPs, Demokratischer Neuanfang
E Elendsquartier, Entnazifizierung, Evakuierte
F Flüchtlinge, Fragebogen, Fraternalisierungsverbot, Frauenüberschuss, Freibank, Freie Wirtschaft
H Hilfsorganisation, Hunger
I/J Illegale Grenzgänger
K Kalorien, Kartoffelkäfer, Kippensammler, Kriegsschäden, Kriegsversehrte
L Lebensmittelkarten, Liebesgaben, Kohlenmangel
M Militärgericht, Militärregierung
N Neuanfang, Not
O Omnibusverkehr in Fulda
P Preisstoppverordnung
Q/R Quartierschein, Rattenplage, Raubüberfälle
S SBZ, Schlangestehen, Schwarzhandel, -markt, Sprengkommando, Spruchkammer, Suchanzeigen, Stieler (Landrat), Stunde Null
T Tag X
U Umerziehung, UNRRA, Unterernährung
V Vermisste, Verschleppte, Vertriebene
W Währungsreform, Wiedergutmachung, Wirtschaftsamt, Wohnungsnot
X/Y/Z Zonengrenze, Zwangsbewirtschaftung

Weitere Aufgabenstellungen

Es kann eine Diskussion darüber geführt werden, welche der gesammelten Begriffe besonders kennzeichnend für die Jahre 1945 bis 1949 sind.

In Verbindung mit dem Deutschunterricht:

- Eine sinnvolle Geschichte schreiben, in welcher möglichst viele der Begriffe vorkommen.
- Eine Geschichte nach „Reizwörtern“ verfassen. (Beispielsweise vier Wörter aus dem ABC auswählen.)

A 6

Irrtümer der Briefschreiberin:

1. Petersberg ist der am schwersten zerstörte Ort unseres Kreises. Richtig ist: Hauswurz (siehe Seite 5, M 2).
2. ... ein ganzer Güterzug voll Menschen aus Ungarn ausgeladen. Richtig ist: Am 23. Februar 1946 kamen 1.200 Vertriebene aus Landskron (Sudetenland/heute Tschechische Republik). – S. 12, M 1.
3. Von Petersberg soll ab übernächstem Monat ein Stadtbus bis in die Mitte von Fulda fahren. Richtig ist: Der Stadtbusverkehr zwischen Fulda und Petersberg wurde erst ab August 1949 aufgenommen (s. S. 52, M 6).

Weitere mögliche Aufgabe

Schlangenwörter (Nur für ganz helle Köpfe!)

In die Kästen sind Wörter eingetragen, die schlangenförmig zu lesen sind. Wo die Schlange ihren Kopf hat, müsst ihr selbst herausfinden. (Nur im ersten Kasten ist der Anfangsbuchstabe schon vorgegeben.)

K	A	P
E	C	E
T	A	R

N	A	U
F	G	E
A	N	N

R	R	U
E	P	C
M	S	H
M	A	K

Lösungswörter:

Carepaket

Neuanfang

Spruchkammer

(Buchstaben noch in Gitter setzten. Evtl. beim ersten Beispiel mit Pfeil hinter dem C Leserichtung angeben.)

Weitere Knobelaufgaben mit Schlangenwörtern lassen sich z.B. in Einzel- oder Partnerarbeit von den Lernenden selbst erstellen.

Regionalliteratur zu den behandelten Themenkreisen

Weitere Hinweise auf regionale Veröffentlichungen in der angeführten Literatur

BdV Kreisverband Fulda (Hg.): 1945–1985, 40 Jahre Vertreibung, 35 Jahre Eingliederung, Fulda 1985

Bellinger, Bernhard: Zur Geschichte der Emailierwerke in Fulda, in: FGBII 61 (1985)

Berge, Otto: Demokratischer Neubeginn in Fulda 1945/46, in: Heinemeyer, Walter und Jäger, Berthold (Hg.): Fulda in seiner Geschichte, Fulda 1995

Heymel, Hans: Die Wirtschaft in der Region Fulda im 19. und 20 Jahrhundert, 75 Jahre Industrie- und Handelskammer Fulda, Fulda 1995

Kramer, Johannes: Die Fuldaer USA-Militärregierung, in: Vergangenheit spricht zur Gegenwart, Beilage der FV 8 Jg./1955, Nr. 4

Kretschmer, Rudolf: Die Besatzungszeit, in: Der Kreisausschuss des Landkreises Fulda (Hg.): 175 Jahre Landkreis Fulda (Monographie) - Geschichte und Aufgaben des Landkreises Fulda, Fulda 1996

Kropat, Wolf-Arno: Hessen in der Stunde Null 1945/1947, Wiesbaden 1979

Loehr, Bernhard: „Zur Geschichte des Amerika-Hauses“

In: Bubll 60 (1987), S. 89 f, 97 f, 108, 115 f und 128

Martin, Thomas: Die Entwicklung der Parteiendemokratie in Osthessen nach 1945, in: 175 Jahre Landkreis Fulda

Mühlhausen, Walter: „...die Länder zu Pfeilern machen...“ Hessens Weg in die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1989

Nüchter, Hans: Die ersten Monate in Fulda nach dem Krieg. StadtAFd F/FUL 622

Peter, Antonio und Wolf, Werner (Hg.): Arbeit, Amis, Aufbau. Wiesbaden 1990

Sagan, Günter: Das Sprengkommando Fulda zwischen 1945 und 1949. Bedrohliche Hinterlassenschaft des Krieges, in: Bubll 77 (2004), S. 9 f., S. 15 f. sowie S. 19

- Kriegsende 1945 im Vogelsberg und in der Rhön. Petersberg 2006

- Vertriebenentransporte nach Fulda und Hünfeld, in Bubll 80 (2007), S. 65 f

- Besatzungsjahre (1945–1949), in: Fuldaer Geschichtsverein (Hg.), Geschichte der Stadt Fulda Bd. II, Von der fürstlichen Residenz zum hessischen Sonderstatus, Fulda 2008

Sagan/Heiler/Kann: Der Tod kam in der Mittagszeit, Gudensberg 2004

Schick, Elmar: Die Fuldaer Volksschulen 1945, in: Bubll 76 (2003),

Franz Mollenhauer und der Wiederaufbau in Fulda, in: Bubll 78 (2005)

Schuster, Armin: Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954, Wiesbaden 1999

Seewald, Wolfgang: Die Opfer des Nationalsozialismus in Fulda in Bubll 58 (1985), S. 113

Stadt Fulda (Hg.): Köhler, Sagan, Stasch: Leitmeritz-Fulda, Vertreibung 1945/46, Petersberg 2006

Stasch, Gregor K. (Hg.): Alles für Fulda! Aspekte der Kommunalpolitik 1946-2006, Fulda 2006

Tengler, Heinz: Die US-Streitkräfte in Fulda, in: Jahrbuch des Landkreises Fulda 1976

Wolf, Werner (Hg.): „Trümmer, Tränen, Zuversicht“, Frankfurt/M. 1986